



**Protokoll der 33. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, 6. Juli 2022, 18:00 Uhr im Rathaus**

- Vorsitz:** Gemeinderatspräsident Samuel Kienast
- Namensaufruf:** 34 anwesende Mitglieder
- Entschuldigt:** Gemeinderätin Lisa Badertscher, Gemeinderat Hanspeter Gubler, Gemeinderätin Salome Scheiben, Gemeinderat Andres Storrer, Gemeinderat Roland Wetli
- Mitanwesend:** Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker
- Gemeinderatssekretär:** Giuseppe D'Alelio

- - -

**Traktanden**

- 173 Mitteilungen
- 174 Botschaft Nr. 37 «Thurplus; Reglement über Errichtung und den Betrieb von Fernwärmever sorgungen»  
*Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung*
- 175 Botschaft Nr. 38 «Objektkredit über 30.1 Mio. Franken für die Realisierung der Fernwärme West sowie über 9.9. Mio. Franken für die Fernwärme Altstadt»  
*Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung*

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Gäste und Besucher auf der Galerie, geschätzter Medienvertreter, ich begrüsse Sie heute alle herzlich zur Sitzung in diesen Openair-Tagen, in denen Frauenfeld mit rund 75'000 Einwohner/innen vorübergehend zu den Top 8 der grössten Schweizer Städte gehört. Ich wünsche dem Openair friedliche, unfallfreie und bezüglich Ressourcen möglichst nachhaltige Tage und wünsche uns allen, dass die Beats auf der Allmend auch positive Vibes bis in unsere Beratung bringen. Für die Realisierung der Geschäfte, die wir heute beraten, werden viele Gruben gegraben werden müssen, darum zu Beginn der Sitzung eine biblische Weisheit, welche in unseren Sprachschatz eingegangen ist. In Sprüche 26.27 steht: «Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.» Ich hoffe, dass wir uns gegenseitig keine Fallen stellen, sondern Gruben, die Wärme in Frauenfeld verteilen.

Und jetzt noch zum Witz – oder es ist vielleicht eher eine Anekdote. Winston Churchill wurde einmal gefragt, was seiner Meinung nach für Fähigkeiten für Politiker wichtig sind. Der Premier setzte sein berühmtes Bulldoggengesicht auf und dachte einen Moment nach und sagte dann: «Man muss jederzeit vorhersagen können, was am nächsten Tag, in der nächsten Woche, im nächsten Monat und im nächsten Jahr passieren wird.» Er machte eine Pause und setzte hinzu: «Hinterher muss man eine Erklärung parat haben, warum es anders gekommen ist.» Ich wünsche uns gute Erklärungen, wenn es anders kommt und eine konstruktive und respektvolle Sitzung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass zu Beginn der Sitzung 34 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18.

Lisa Badertscher befindet sich im Mutterschaftsurlaub. Sie hat am Dienstag letzte Woche Carla zur Welt gebracht. Wir wünschen ihr, Carla und der ganzen Familie alles Gute.

Durch die Abwesenheit von Gemeinderat Andres Storrer ist die Wahl einer Stimmzählerin oder eines Stimmzählers für die heutige Sitzung notwendig.

**Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Wir schlagen im Namen der SVP/EDU-Fraktion Gemeinderätin Christa Zahnd für diesen Abend vor. Ich bitte Sie, dies zu unterstützen.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Vorgeschlagen ist Christa Zahnd. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? – Dies scheint auch der Fall zu sein.

### **Abstimmung**

Gemeinderätin Christa Zahnd wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Stimmzählerin für den heutigen Abend gewählt.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese stillschweigend als genehmigt und wir werden die heutige Sitzung dementsprechend durchführen.

173

**MITTEILUNGEN****Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):**

1. An Ihren Plätzen liegt ein lachsfarbenes Papier der GPK Bau und Werke zur Botschaft Nr. 38 auf.
2. Mit Beschluss Nr. 212 vom 21. Juni 2022 hat der Stadtrat den Rücktritt von Gemeinderätin Renate Luginbühl per 31. August 2022 genehmigt und die Stadtkanzlei mit der Einleitung des Ersatzwahlverfahrens beauftragt.
3. Gerade heute haben wir erhalten, mit Beschluss Nr. 220 vom 5. Juli 2022 hat der Stadtrat anstelle von Gemeinderätin Renate Luginbühl Stefan Eggimann als Mitglied des Gemeinderats für den Rest der Amtsdauer bis 2023 ab dem 1. September 2022 als gewählt erklärt.
4. Mit Beschluss Nr. 219 vom 28. Juni 2022 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 39 «Kreditfreigabe von 620'000 Franken für den Bau der Fotovoltaikanlagen auf dem Dach des Neubaus Hallenbad Frauenfeld» zuhanden des Gemeinderats verabschiedet.
5. Im Anschluss an die heutige Sitzung wird Stadträtin Barbara Dätwyler unter Ausschluss der Medien und der Öffentlichkeit nochmals über den neuesten Stand hinsichtlich der Flüchtlingswelle aus der Ukraine berichten.

174

**BOTSCHAFT NR. 37 «THURPLUS; REGLEMENT ÜBER ERRICHTUNG UND DEN BETRIEB VON FERNWÄRMEVERSORGUNGEN»**

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Die Botschaft Nr. 36 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 10. Mai 2022 wurde am 12. Mai 2022 in den Dossierbrowser geladen. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Zuerst führen wir die Eintretensdebatte, danach können allgemeine Voten zur Detailberatung gehalten werden, bevor wir absatzweise die Artikel des Reglements durchgehen. Bitte bringen Sie die Anträge zu den Artikeln dann vor, damit wir direkt dazu abstimmen können. Zum Schluss werden wir noch eine Gesamtabstimmung vornehmen, bevor das Reglement an die Redaktionskommission überwiesen wird. Wir kommen zum Eintreten.

**EINTRETEN**

**Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Der Stadtrat unterbreitet diese Botschaft im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der städtischen Fernwärmeversorgung. Über den Ausbau als solchen stimmen wir heute Abend im nächsten Traktandum ab. Zuerst also zur gesetzlichen Grundlage, zum Reglement:

Wie auf S. 10 der Botschaft erläutert wird, ist das neue Reglement für die Entwicklung von Wärmeprojekten durch Thurplus nötig, auch wenn die Projekte Fernwärme West und Fernwärme Altstadt im Herbst dieses Jahres durch den Soverän abgelehnt würden. Mit dem Ausbau von Fernwärme verfolgt Thurplus hochgesteckte Ziele. Die zwei bestehenden städtischen Fernwärmeringe, der von der ARA gespiesene Niedertemperaturwärmering und der Wärmeverbund West sollen erweitert werden. Geplant ist, dass sich dadurch die Anzahl Anschlüsse von aktuell zwei Dutzend Liegenschaften auf mehrere Hundert erhöht. Mit diesen Erweiterungen strebt Thurplus den Ersatz von 20 % der fossilen Energieträger auf Stadtgebiet an. Im Sinn einer Gleichbehandlung der Kundschaft in rechtlicher Sicht soll das vorliegende Reglement für beide Fernwärmeringe anwendbar sein und die Vorgängerversion aus dem Jahr 2017 ersetzen. Der wesentliche Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Fernwärmereglement sei die Regelung des Rechtsverhältnisses zu den Kunden, damit nicht mit jedem einzelnen Kunden, jeder

einzelnen Kundin einzeln verhandelt werden muss. Nebst dem Reglement regeln eine Verordnung und der Gebührentarif die Details. Wie uns erklärt wurde, liegt der Gebührentarif nicht in der Kompetenz des Gemeinderats, wie dies auch bei anderen Produkten und Dienstleistungen von Thurplus der Fall ist. Jedoch gelte das Äquivalenz- und Kostendeckungsprinzip, damit die Tarife nicht beliebig festgesetzt werden können.

Anwesend an der GPK-Sitzung vom 7. Juni 2022 waren nebst Stadtrat Fabrizio Hugentobler der Leiter Thurplus Peter Wieland, der Leiter Planung und Projektierung Ulrich Trümpi, der Leiter Finanzen und Services Michael Gemperle und Rechtsanwalt Stephan Staub, welcher für die Erstellung des Reglements beigezogen wurde.

Wie uns zu Beginn erklärt wurde, sind bei der Erstellung des Reglements über die Errichtung und den Betrieb von Fernwärmeversorgungen diverse Vorlagen aus anderen Städten wie St. Gallen oder Winterthur eingeflossen. Zudem wurden im Vorfeld Erfahrungen von anderen vergleichbaren Städten gesammelt und in das Regelwerk integriert. Insgesamt habe Thurplus die letzten drei Jahre nahtlos an diesem Thema gearbeitet. Thurplus ist gesetzlich dazu verpflichtet, Wasser und Strom an alle Haushalte zu liefern, für die Versorgung mit Gas und Wärme gilt dies nicht. Deshalb ist es wichtig, im Grundsatz festzuhalten, dass seitens Kundschaft der Anschluss an die Fernwärme freiwillig ist. Im Gegenzug besteht für Thurplus kein Anschlusszwang.

Zu Beginn der Debatte stellten wir fest, dass die Zahlen zur Botschaft Nr. 37 auf dem Planungsstand Oktober 2021 basieren. Mit der zwischenzeitlichen Preisentwicklung bei Rohstoffen und Baumaterial dürfte die Summe, über welche wir heute beraten, bereits deutlich überschritten worden sein. Die GPK Bau und Werke sprach sich einstimmig für Eintreten aus.

Zu den einzelnen Artikeln:

Zu Art. 2 «Ziele» monierte ein Mitglied der GPK, dass das Reglement vor allem wirtschaftliche Überlegungen beinhaltet, aber keine klimapolitischen Ziele definiere, und stellte dazu zwei Anträge, welche später zurückgezogen wurden. Rechtsanwalt Staub erklärte, dass das Reglement in Art. 2 Abs. 2 auf den städtischen Energierichtplan Bezug nimmt und dort die massgeblichen Weichen gestellt wurden bzw. gestellt werden können. Wollte man beispielsweise die Versorgung von mindestens 30 % des Siedlungsgebiets mit thermischen Netzen innerhalb einer gesetzten Frist vorschreiben, käme dies einem Anschlusszwang gleich und dies stünde im Widerspruch zur Freiwilligkeit des Fernwärmeanschlusses.

Zu einer längeren Diskussion gab Art. 6 Anlass. Wir erfuhren, dass die Definition, was ein Baum ist, kantonal geregelt ist. Für Thurplus ist es wichtig, dass über den Leitungen keine Bäume gepflanzt werden, weil Fernwärmeleitungen mehr Platz benötigen als andere Leitungen.

In Art. 10 wurde beanstandet, dass in Abs. 2 nur die wirtschaftlichen und nicht die klimapolitischen Aspekte erwähnt sind. Ein GPK-Mitglied stellte den Antrag für eine Umformulierung. Es wurde begründet, dass Thurplus nicht dazu gezwungen werden könne, auf Vorrat Netze zu bauen, an denen sich dann vielleicht gar niemand anschliesse. Eigenwirtschaftlichkeit sei überdies im Reglement über die Rechtsstellung und die Aufgaben von Thurplus definiert. Der Antrag wurde darauf zurückgezogen.

In Art. 13 diskutierten wir über die dreimonatige Kündigungsfrist für die Beendigung des Bezugsverhältnisses durch die Kundschaft, was als sehr kurz empfunden wurde. Wir erfuhren, dass diese Frist in Anwendung von Art. 28 erst nach 15 Jahren Anschlussdauer gilt.

Zu Art. 29 wünschte ein GPK-Mitglied, dass die Spartenrechnung nach Versorgungszonen aufgeteilt wird, aufgeschlüsselt in die Fernwärme Altstadt und West und dies dann auch in der Jahresrechnung so sichtbar ist. Es wurde entgegnet, dass dies nach HRM2 nicht vorgesehen sei,

sondern die Sparte summarisch unter dem Produkt Wärme geführt werde. Nur direkte Kosten könnten auf den Ring aufgeschlüsselt werden, die Gemeinkosten fielen auf Produktebene an.

Bei Art. 32 fragte ein Mitglied, ob ein Kunde des alten Wärmerings im Westen seinen bestehenden, vielleicht tieferen Tarif behalten könnte. Es wurde erklärt, dass anlässlich der Übernahme des Wärmeverbunds West mit allen Kunden eine neue Übergangsvereinbarung abgeschlossen wurde, womit die Zustimmung für den Wechsel vorliege.

In der Schlussabstimmung sprach sich unsere GPK einstimmig für die beiden Anträge der Botschaft Nr. 37 aus. Im Namen der GPK bedanke ich mich bei allen Mitwirkenden für die Erstellung dieser Botschaft und des Reglements. Wir haben lange und intensiv darüber beraten.

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:**

Die Fraktion Die Mitte/EVP dankt dem Stadtrat und Thurplus für die Fassung bei den rechtlichen, technischen und marktbezogenen Aspekten des Reglements. Wir anerkennen ausdrücklich die Zielstrebigkeit von Stadtrat und Thurplus. Es ist innert zwei Jahren gelungen, die Eigentümerstrategie und das Reglement für Thurplus auf den Weg zu bringen, ein detailliertes Wärme-Kälte-Konzept zu schaffen und eine Kreditbotschaft samt Reglementen für die künftige Wärmeversorgung vorzulegen. Vom ersten Energierichtplan der Region Frauenfeld bis zum neuen Eigentümerstrategie ist es sieben Jahre gegangen, für die Wärmebotschaft nur zwei Jahre. Super Leistung, herzlichen Dank.

Um was geht es heute? Mit dem Reglement geben wir Thurplus die Grundlagen, sich aktiv der Fernwärmenetze anzunehmen und auch aktiv zu werden, um mögliche Anschlusspartner einzubinden. Also: Je schneller desto mehr Erfolg und eben desto mehr Kunden haben wir. Das Reglement regelt ja alle drei Fernwärmenetze der Stadt Frauenfeld. Es unterstützt den bestehenden Kältering, um besser zu werden, und es ermöglicht beim Fernwärmenetz West, die Wärmequelle der Biogasanlage zu nutzen. Hier sei gesagt, wenn wir es nicht machen, macht es vielleicht ein Dritter. Als letztes ermöglicht das Reglement, dass Thurplus sich tatkräftig einsetzen kann, damit unsere Altstadt mit erneuerbarer Energie versorgt wird. Die grosse Frage ist: Haben wir den Mut, heute Entscheidungen zu fällen, welche uns für die nächsten 40 Jahre begleiten? Es liegt jetzt an diesem Gemeinderat, dies zu tun. Der Stadtrat hat eine gute Vorlage gespielt, geben wir den Ball weiter zu einem Volks-Ja. Glauben wir an eine Zukunft, wie wir alle hier im Saal wollen, eine umweltfreundliche Stadt – nur über das Tempo sind wir uns nicht einig. Können wir es uns leisten, jetzt nicht zu entscheiden oder aufzuschieben? Selbstverständlich können wir das, aber es wird nicht besser. Fakt ist, um die neuen Fernwärmenetze umzusetzen, benötigt Thurplus eine rechtliche Grundlage, nämlich das Reglement. Je rascher wir entscheiden, umso schneller kann Thurplus handeln.

Zum Reglement: Die Fraktion Die Mitte/EVP, in welcher grosses juristisches Fachwissen vorhanden ist, sieht es juristisch formal nicht ganz gleich wie der Verfasser des Reglements. Die Wichtigkeit, vorwärtszumachen, hat aber in unserer Fraktion klar grössere Bedeutung. Deswegen einige Punkte aus unserer Sicht zu Protokoll:

Zuhanden der Materialien möchten wir deutlich darauf hinweisen, dass mit Leitungen in Art. 8 Abs. 2 nur Leitungen auf dem Grundstück des Nutzers gemeint sind. Hauptleitungen, Verteilerstationen und Ähnliches werden durch Thurplus immer nur grundbuchamtlich gesichert. Eine Erneuerung am gleichen Ort im gleichen Umfang ist grundsätzlich im Unterhalt eingeschlossen. Mit Art. 19 soll Thurplus die Möglichkeit erhalten, beispielsweise die Anschlussleitung zu erhöhen oder das Trasse zu verlegen.

In der materiellen Beratung werden wir noch drei Anträge stellen. Diese sehen wir als Verbesserung. Wir beantragen einstimmig Eintreten auf die Botschaft und werden unsere Anträge in der materiellen Beratung stellen. Auch stehen wir hinter dem Reglement.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Das Eintreten ist in unserer Fraktion unbestritten. Das Reglement ist eine logische Folgerung des Kaufs des Wärmings durch Thurplus, welcher allgemein und explizit auch von unserer Seite gutgeheissen wurde. Leider verbergen sich im Reglement und in der Botschaft noch einige Punkte, die wir so nicht durchwinken können und werden deshalb mit Anträgen auf Sie zukommen.

**Gemeinderat René Gubler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Mit dem Erstellen des Reglements über Errichtung und den Betrieb der Fernwärmeversorgung legen wir das Fundament für den Betriebszweig der Fernwärme von Thurplus. Da mit der nächsten Botschaft über einen grossen Ausbau des Fernwärmenetzes entschieden wird, ist es zwingend und dringend notwendig, die rechtlichen Angelegenheiten zu regeln. Da das Reglement zwei bzw. drei und vielleicht noch weitere Ringe vereint, ist es wichtig, die offenen Fragen in der ganzen Breite zu klären.

Etwas erstaunt waren wir ob dem leeren Inhaltsverzeichnis, welches dann angeblich redaktionell erarbeitet wird. Wir halten fest, dass weder eine Anschlusspflicht noch ein Anspruch auf einen Anschluss besteht. Somit ist die Förderung der Fernwärme «nur» behördenverbindlich. Die SVP/EDU-Fraktion ist grossmehrheitlich für Eintreten und Zustimmung zum vorliegenden Reglement.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Die beste Art, die passende Lösung zu verpassen, ist, auf noch Besseres zu warten oder konkrete Lösungen mit noch besseren Lösungen bodigen zu wollen, auch wenn diese nicht vergleichbar sind. Wir warteten nicht, sondern unterbreiten die beiden Botschaften. Kompakt und bündig, nicht schluckweise. Zielstrebig angegangen seit ihrer Inkraftsetzung des Reglements über unsere Aufgaben vor zwei Jahren. Als Basis für diese Projekte dient der Reglementsentwurf. Das neue Reglement soll das bestehende, eingeschränkte Fernwärmereglement ablösen und Grundlagen zur einheitlichen Fernwärmeverordnung in der ganzen Stadt bilden. Unser für das Verfassen des Dokuments beigezogener Jurist, dessen Wahl in Absprache mit der GPK schon beim Reglement über Aufgaben der damaligen Werkbetriebe beigezogen worden war, ist ehemaliger Rechtskonsulent von Städten, zum Beispiel St. Gallen oder Davos. Heute ist er ausgewiesener Experte und Berater von öffentlichen Verwaltungen, und es gibt ja bekanntlich bei Juristen nicht falsch oder richtig, sondern viele Meinungen. Dieses Reglement ist sauber ausgearbeitet und solid. Es entspricht dem heutigen Stand der Technik. Einzelne Stimmen meinen ja immer wieder, die Stadt und damit Thurplus würden bei ihrem Handeln am Glücksrad drehen oder auf glückliche Fügungen von aussen warten. Wüsste ich es nicht besser, wäre ich verunsichert. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir haben in den vergangenen Jahren systematisch den Boden vorbereitet mit Konzepten und Strategien, immer auf Basis knapper personeller Ressourcen. Wir übernehmen damit energiepolitische Führung. Unsere Arbeit basiert auf soliden Grundlagen, auch bei den Projekten Altstadt und Fernwärme West. Als Beispiel für das konzeptionelle Vorgehen der Stadt sei das in der Wärme-Kälte-Strategie im Januar 2021 erwähnte Gebiet Altstadt erwähnt. Ja, die Gebiete Altstadt und Westen sind einmalige Chancen. Für Ihre Unterstützung auf dem bisherigen Weg wie auch zum Beispiel die Übernahme der Wärme Frauenfeld West oder die Vorleistungen im Bereich Wärme möchten wir uns herzlich bedanken. Auch für das Vertrauen in unsere Arbeit. Wir machen damit weiterhin vorbildliche Politik für Energien, energetisch und ökologisch.

Ja, es kann kein neuer Wald entstehen, wenn niemand den ersten Baum pflanzt. Und der Baum Fernwärme ist einer von vielen im Mischwald, nur die gute Mischung wird ihn beleben. Ich bin überzeugt, dass genau die Vielfalt uns dem Ziel 2050 näherbringt. Nachdem wir den Boden vorbereitet haben, pflanzen wir weitere Bäume mit Botschaft Nr. 37 und 38.

### **Abstimmung**

Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

## DETAILBERATUNG

**Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Ich war ein bisschen voreilig und habe meine Ausführungen bereits gemacht. So hoffe ich, dass ich gleich weitergeben kann an den ersten Fraktionssprecher.

**Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Mit Anpassung und Erweiterung der Geschäftsstrategie für Thurplus Richtung Ausbau und Betrieb der Fernwärmeversorgungen, welcher durch den Gemeinderat unterstützt wurde, müssen die Grundlagen zu dieser Geschäftstätigkeit auf stabile, für die Zukunft verlässliche und berechenbare Beine gestellt werden. Die Fraktion FDP begrüsst es daher, dass der Stadtrat nun ein neues, für beide aktuellen und auch künftigen Fernwärmeringe einheitliches Reglement, das für alle Involvierten in diesem Bereich Rechtssicherheit bringen wird, vorlegt. Inhaltlich ist die Fraktion FDP einverstanden mit den vorliegenden Ausführungen. Es wird dann noch einige Anträge geben.

Betreffend die personelle Entwicklung bei Thurplus vertreten wir die Meinung, dass im Rahmen des Umbaus der Geschäftsaktivitäten kurzfristig ein Ausbau respektive eine Stärkung der personellen Kapazitäten und Kompetenzen in den neuen Geschäftsfeldern nötig ist. Damit muss aber zurückhaltend umgegangen werden. Diese personellen Aufstockungen sollen aber mittelfristig mit dem Herunterfahren von anderen Geschäftsfeldern wieder kompensiert werden können. Die Fraktion FDP dankt dem Stadtrat für die Ausarbeitung des Reglements. Trotzdem wünschen wir uns für kommende Vorlagen, dass die Reglemente bei deren Vorlage komplett vorliegen und nicht wie hier das Inhaltsverzeichnis zu einem späteren Zeitpunkt erstellt oder nachgeliefert wird. Wir empfehlen ausserhalb dieser Botschaft, einen Standard für die Vorlage von Botschaften zu schaffen, um künftig Vorlagen auf einer einheitlichen Grundlage basierend zur Abstimmung zu bringen. Die Fraktion FDP wird das vorliegende Reglement einstimmig annehmen.

**Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Etwa vor zwei Jahren haben wir im Rat das Gasreglement besprochen und heute steht mit dem Fernwärmereglement wieder ein Energiereglement zur Diskussion. Es gibt hier einen wesentlichen Unterschied, heute sprechen wir von einer ökologischen Energieform, falls die Wärme für die Fernwärmeringe mit erneuerbarer Energie erzeugt werden. Beim bestehenden Fernwärmenetz West ist das ja nicht der Fall, weil diese mindestens ausserhalb der Kampagne vor allem mit Erdgas betrieben wird. Beim bestehenden kalten Fernwärmering und bei den geplanten Netzen stimmt dann die Bilanz wieder, weil diese mit Umweltwärme und Abwärme betrieben werden. Unsere Fraktion ist deshalb grundsätzlich für das Reglement.

Was allerdings stört, ist einmal mehr das Primat der Ökonomie. Thurplus soll zwar ein wichtiger Player bei der Umsetzung der Energiewende in Frauenfeld sein, in den dazugehörigen Reglementen soll das gefälligst aber möglichst unsichtbar bleiben. Zu Thurplus und den Fernwärmeringen steht nur, dass sie eine nachhaltige Energieversorgung unterstützen sollen. Aussagen zu klimapolitischen Zielen sucht man vergeblich. In anderen Städten ist das ganz anders. Dafür wird auf einen Energierichtplan verwiesen, welcher jetzt auch schon mehr als acht Jahre alt ist. Und der ist also unterdessen ziemlich ausserhalb der Zeit gefallen.

Wenn es dann um die Wirtschaftlichkeit geht, steht das ganz oft in diesen Reglementen. Sie steht nämlich über allem, und wenn es in Frauenfeld auch noch klimapolitisch hilft, ist es auch noch gut. Es könnte aber genauso gut umgekehrt sein. Der Klimaschutz könnte für Frauenfeld an erster Stelle stehen, dann sollte man schauen, dass die Umsetzung auch noch möglichst wirtschaftlich wird. Jetzt ist es immer umgekehrt. Das wäre in unseren Augen die Rolle eines wichtigen Players der Umsetzung der Energiewende. Dafür braucht es aber mehr klimapolitische Führung des Stadtrats und weniger zufällige Mitnahmeeffekte.

Noch zwei Details: Mit dem Reglement werden sowohl Fernwärme als auch Kälte abgedeckt. Das finden wir sehr begrüssenswert, denn mit den steigenden Temperaturen in der Klimawan-

delzeit wird die Notwendigkeit, Gebäude zu kühlen, eher zunehmen und die zum Heizen abnehmen. Das betrifft dann vor allem die Gebäude, die am kalten Ring angeschlossen sind, dann kann man nämlich auch das Wasser zum Kühlen brauchen. Genauso, wie das übrigens auch bei Wärmepumpen mit Erdsonden möglich ist.

In der Botschaft auf S. 2 unten und auf S. 3 oben steht auch noch, dass mit dem Reglement eine rechtliche Gleichbehandlung von allen Kundinnen und Kunden erfolgen soll und dass mit einheitlichen Regelungen und allgemeingültigen Tarifen die Kundinnen und Kunden mit Wärme versorgt werden sollen. Wir haben uns da gefragt, ob man daraus nicht einen einheitlichen Preis für alle Fernwärme ableiten kann. Es ist aber schon so, dass die drei Ringe technologisch sehr unterschiedlich sind. Uns ist es einfach wichtig, dass Kostenwahrheit herrscht und dass kein Gewinn und Verlust vom einen Ring zum anderen verschoben werden.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Wir begrüssen Gemeinderat Elio Bohner in unserer Mitte; es sind nun 35 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend, das absolute Mehr beträgt weiterhin 18.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Nun zur Detailberatung: Thurplus ist in einer glücklichen Situation und wir sind der Meinung, sie haben selbst nur reagiert auf äussere Umstände. Natürlich richtig reagiert. Denn immerhin sind hier die Möglichkeiten genutzt worden, um Frauenfeld in Zukunft möglichst ohne fossile Brennstoffe zu versorgen. Sie haben es gehört, das Holzkraftwerk der Bioenergie Frauenfeld produziert Abwärme, Thurplus hat den Fernwärmering Frauenfeld West übernommen, zusätzlich besteht der kalte Fernwärmering, der Wärme aus dem Abwasser von der ARA durch Teile der Stadt bis zur Badi pumpen wird. Das sind die Facts. Nun geht es darum, den rechtlichen Rahmen zu schaffen, damit von dieser Seite alles reibungslos abläuft.

In unserer Fraktionssitzung ist es allerdings nicht so reibungslos verlaufen. Diverse Fragen und Unklarheiten sind aufgetaucht, einerseits generell, aber auch zu den Detailregelungen. Ich möchte gern mit dem grössten Brocken beginnen.

In der Botschaft auf S. 3 steht unter dem Punkt 2 «Das Parlament bestimmt im Reglement den oder die Tarifrahmen. Die konkreten Tarife werden innerhalb des reglementarisch vorgegebenen Rahmens dann von der Exekutive festgelegt. Sollte der Rahmen nicht mehr genügen, wäre das Parlament wiederum miteinzubeziehen.» Das ist an sich schon eine Änderung zur aktuellen Praxis und je nachdem, wie dieser Vorschlag umgesetzt worden wäre, hätte ich mich damit anfreunden können. Sie hören es: wäre und können, wenn, dann. Leider fehlt dieser Tarifrahmen im Reglement komplett – ohne Erklärung. Auch wird im Entwurf des stadträtlichen Gebührentarifs Bezug genommen auf das uns vorliegende Reglement. Im Kopftext steht da «Gestützt auf Art. 24 des Reglements über Errichtung und den Betrieb von Fernwärmeversorgungen vom [...] erlässt der Stadtrat folgenden Gebührentarif:» Nun, sehen Sie sich mal den Art. 24 an. Dieser behandelt leerstehende Wohnungen und Gewerberäume. Was soll das also? Ich habe telefonisch beim zuständigen Stadtrat nachgefragt und dann die Frage zusammen mit unseren restlichen Punkten schriftlich abgegeben. Stadtrat Hugentobler konnte mir am Telefon keine Erklärung dazu geben, er müsse erst noch mit dem Rechtsanwalt Rücksprache nehmen. Die Antwort kam dann folgendermassen: «Das Reglement regelt Aspekte der Beziehung zur Kundschaft. Das Reglement gibt die Rahmenbedingungen vor, welche für die Gestaltung der Tarife gelten sollen, wie Wirtschaftlichkeit, Abgrenzung der Leistungen von Thurplus, Struktur der Bezugsgebühren. Das Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip ist ebenfalls zu beachten. Die Tarife werden an die Beschaffungskosten indexiert. Es mache wenig Sinn, im Reglement einen Rahmen von/bis zu bestimmen, der schon in kürzester Zeit wieder überholt ist. Die Tarife der Fernwärmeversorgung müssen auch regelmässig auf die Marktgängigkeit überprüft werden, gemäss Art. 11 des Reglements.» Hier heisst es also, dass der in der Botschaft beschriebene Kostenrahmen sinnlos sei. Die Frage aber, weshalb es so in der Botschaft steht, bleibt meiner Meinung nach unbeantwortet. In Art. 23, 26 und 27 kann man sich herausuchen, dass es eine Anschlussgebühr, eine

Grundgebühr und eine Bezugsgebühr gibt. Das ist das absolute Minimum, welches im Reglement beschrieben werden muss. Ich bzw. wir sehen nicht ein, weshalb wir in diesem Rat nicht je ein Minimum und ein Maximum definieren sollten. Der Vertrag mit der Bioenergie AG ist über 20 Jahre abgeschlossen, die Wärmelieferung der ARA wird auch nicht kurzfristig festgelegt sein. Die Kalkulation sollte also problemlos möglich sein. Eine Indexierung oder eine Ausklammerung des Strompreises kann auch in unserem Reglement miteinbezogen werden. Es wäre für uns auch ein Frühwarnsystem, wenn nämlich der bestimmte Rahmen nicht mehr korrekt ist, ansonsten ist es fraglich, wann und wie wir jeweils von den Anpassungen erfahren bzw. darüber diskutieren könnten. Weil wir also keine Antwort auf die Frage erhalten haben, weshalb die Botschaft nicht mit dem Reglement übereinstimmt und nicht diskutiert wurde, ob wir den Tarifrahmen aus der Hand geben wollen, werden wir den Antrag auf eine zweite Lesung stellen. Dies in Absprache mit dem Ratspräsidenten erst vor der Beschlussfassung. Diese zweite Lesung soll die Diskussion in der GPK und in den Fraktionen über diese zwei Themen ermöglichen. Um diese fundiert zu führen, möchten wir den Stadtrat anhalten, die noch offenen Lücken im Gebührentarif wie beim Grundpreis bei der kalten Fernwärme oder der Kühlleistung zu schliessen sowie eine Erklärung zur falschen Deklaration zu liefern. Ausserdem haben wir damit die Möglichkeit, alle Anträge, die noch kommen werden, nochmals in Ruhe zu rekapitulieren.

Weitere allgemeine Punkte: Es ist aus unserer Sicht klar nötig und sinnvoll, die zukünftigen Tarife nicht mehr bei jedem Anschluss einzeln zu verhandeln. Wir begrüssen das ausdrücklich. Die Netze müssen unterschiedlich, aber in sich einheitlich tarifiert sein. Diesen Schritt begrüssen wir. Der ganze Prozess muss einfacher und planbarer werden, will man möglichst viele Kunden akquirieren. Und hier darf auch über die Anschlussgarantie beim Gas gesprochen werden. Wenn wir zwei Netze parallel betreiben, ist das per se unwirtschaftlicher als eines. Auch beim Gas ist bis jetzt niemand verpflichtet worden, dieses abzunehmen, nur weil die Leitung vor dem Haus verläuft. Es wurde aber dazumal als Energieträger der Zukunft gebaut. Diese Zukunft ist mittlerweile eingetroffen und zeigt uns nun aber die gravierenden Nachteile dieser fossilen Energie. Wenn Thurplus wirklich ein Schlüsselakteur in der Energiewende sein möchte, kann es nicht sein, dass die Gasanschlüsse noch Jahrzehnte bestehen, wenn sowieso ein Heizungsersatz ansteht.

Wir werden, wie schon angekündigt, einige Detailbemerkungen und Anträge zu den einzelnen Artikeln bringen. Wie einleitend gesagt, finden wir aber die Stossrichtung gut und unterstützen die Verteilung der ohnehin anfallenden Abwärme. Aus unserer Sicht muss zwingend auch weiter geprüft werden, welche Möglichkeiten in Frauenfeld bestehen, weitere Wärmeerzeuger in das Netz einzubinden bzw. neue Netze aufzubauen. Denn jede genutzte Abwärme ist eine gute Sache. In Zukunft sollte Abwärme nirgends mehr ungenutzt abgeleitet werden. Diese ist schlicht zu wertvoll. In diesem Sinn wünschen wir Thurplus gutes Gelingen mit den Projekten.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Wir werden nun das Reglement durchberaten.

### *Inhaltsverzeichnis*

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Wir haben uns darüber gestört, dass dieses Inhaltsverzeichnis leer war. Die Antwort auf unsere Frage war: «Das Reglement ist wohl inhaltlich, aber nicht redaktionell definiert. Sobald der Gemeinderat das Reglement beschlossen hat und die Frist für das fakultative Referendum vorbei ist, wird der redaktionelle Teil erledigt und damit das Inhaltsverzeichnis nachgeführt.» Dieses Vorgehen sei bei Gesetztexten üblich. Auf diese Antwort hin haben wir uns auf die Suche gemacht. Zurück bis mindestens ins Jahr 2016, wir haben es auch schon gehört, gibt es kein Reglement, bei dem dies so war. Die Aussage, das sei so üblich, ist also unhaltbar. Vielleicht handhabt dieser Rechtsanwalt, der mit dem Reglement beauftragt war, dies so. In der Stadt Frauenfeld ist diese Aussage aber schlichtweg falsch. Wie auch die Fraktion FDP sind wir hier der Meinung, der Stadtrat täte gut daran, eine Sammlung mit Vorgaben für neue Reglemente zu führen. Darin könnte man auch

ein vollständiges Inhaltsverzeichnis aufnehmen. Genauso wie der Ort für Definitionen. In anderen Fällen waren die Begriffe nämlich an anderer Stelle in Reglementen aufgeführt. Auch sollte es in Zukunft möglich sein, ein korrekt formatiertes Reglement in den Gemeinderat zu bringen, in dem die Absätze nicht den Text an die gegenüberliegende Seite drängen. Irgendjemandem muss das doch auffallen, der das vor der Verabschiedung durchliest.

#### Art. 1

**Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:** Wir haben noch einige Änderungsvorschläge. Wir erlauben uns die Kurzfristigkeit, da es sich ja nicht um politische Fragen handelt, vielmehr sollen eigentliche Punkte verdeutlicht werden, respektive unsererseits etwas formuliert werden, was eigentlich alle denken, aber ja vielleicht noch nicht steht oder zu wenig deutlich steht. Bei Art. 1 ist das erste Beispiel. Hier wird gesagt, für wen das Reglement gilt. Wir sind der Meinung, dass in einem Absatz 1 a oder 2, der dann die anderen Absätze verschieben würde, stehen sollte: «Es regelt weiter die Rechte und Pflichten der Bezüger sowie von der Versorgung betroffener Grundeigentümer und Dritter.» Faktisch ist es ja so, dass wir in diesem Reglement nicht nur Thurplus Rechte und Pflichten geben, respektive es ist ganz klar, dass auch Dritte davon betroffen sind, insbesondere aber auch die Grundeigentümer betroffen sind. Und wenn wir in Art. 1 schon sagen, für wen das Reglement gelten soll, dann sind wir der Meinung, müsste das explizit auch für diese Personen stehen. Wir freuen uns, wenn ihr diesen Antrag unterstützen könnt.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Vielleicht ein Satz zur Begründung: Das kann man so ergänzen, unser beratender Jurist kennt dies aus seinen bisherigen Berufserfahrungen nicht, aber das kann man so ergänzen aus unserer Sicht.

#### Abstimmung

Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP wird mit 29 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen angenommen.

#### Art. 2

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Wir haben es schon gehört, der Richtplan ist schon älter und ob die Erwähnung des Richtplans überhaupt ins Reglement gehört, darüber kann man entsprechend geteilter Meinung sein. In dieser umständlichen Form aber sind wir der Meinung, ist es sicher falsch. Insbesondere wegen der Soll-Formulierung. Wir stellen deshalb den Antrag, dass der Abs. 2 neu lauten soll: «Die Umsetzung orientiert sich am Energierichtplan.»

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen:** Wenn wir den Antrag so annehmen, dann orientieren wir uns am Energierichtplan. Der Sprecher hat vorhin selber gesagt, dass er sieben Jahre alt ist. Das heisst, wir bleiben eigentlich auf dem alten sitzen, bis wir etwas Neues erfunden haben. Das ist nach meiner Meinung nicht unbedingt schlau. Ich bin der Meinung, der Text, den wir haben, ist so der richtige, denn es kann zwei Jahre oder drei Jahre dauern, bis wir den Energierichtplan ändern – und dann ist er wieder irgendwann nicht mehr wirklich aktuell. Deswegen bin ich der Meinung, ist die bestehende Formulierung die richtige.

**Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im eigenen Namen:** Ich stimme Stefans Argument nicht zu, denn klar, das ist dann der Fall, aber es wäre dann eine Aufforderung, endlich diesen Richtplan zu aktualisieren. Das Reglement soll sich nicht, sondern muss sich am Richtplan orientieren. Bitte den Richtplan aktualisieren, dann stimmt die Formulierung wieder.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Aus unserer Sicht ist diese schlanke Version mit «Die Umsetzung orientiert sich am Energierichtplan» eine Abschwächung, weil der Energierichtplan

dann nur noch als Orientierungsgrösse dient. In der Formulierung des Stadtrats soll der Energie-richtplan umgesetzt werden. Was Sie möchten, das liegt an Ihnen.

### **Abstimmung**

Der Antrag der Fraktion SP wird mit 24 Nein-Stimmen bei 6 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

*Art. 7*

**Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:** Mein Argument bezieht sich eben auf Art. 8, deshalb habe ich das jetzt fast verpasst, dann hätte ich es in der zweiten Lesung noch bringen müssen. Wir haben hier einen Unterschied in Art. 7 zu Art. 8 Abs. 3, der uns nicht einleuchtet. Am einen Ort, nämlich in Art. 8 Abs. 3 wird von «sowie beauftragte Personen» gesprochen, in Art. 7 aber nicht. Ich denke, wir haben auch Rücksprache genommen, es kann nicht ausgeschlossen werden, dass zusätzliche Personen dieses Recht einmal benützen müssen, deshalb sind wir dringend der Meinung, dass man das anpassen sollte. Denn wenn explizit in einen steht, man darf, und im anderen steht nichts, dass die auch dürfen, dann heisst das eigentlich e contrario, dass man das dann wirklich ganz sicher gar nicht darf. Und das wäre dann doch zu sehr einschränkend, deshalb würde ich euch vorschlagen, die Wendung «sowie beauftragten Personen» auch in Art. 7 einzufügen. Besten Dank, wenn Sie den Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP unterstützen.

### **Abstimmung**

Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP wird mit 31 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

*Art. 9 bis 11*

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Kein Antrag, aber doch eine Bemerkung. Wenn Thurplus tatsächlich mehr als das gesetzlich geforderte Minimum leisten möchte, kann es nicht immer nur um die eigene Wirtschaftlichkeit gehen. Denken Sie nur daran, wie viel der Klimawandel kostet. Wenn wir die Erderwärmung auf einem kleinen Niveau halten können für ein paar Fränkli, dann lohnt sich das alleweil, wenn daraus keine Folgekosten entstehen können. Das ist wie bei der frühen Förderung im sozialen Bereich. Klar soll nicht auf Vorrat und ohne Ziel gebaut werden, aber wenn nur wirtschaftlich gedacht wird, bleibt das fossilfreie Ziel ein Wunschdenken.

*Art. 17*

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Theoretisch könnte hier der Abs. 2 so benutzt werden, dass jemand, der den Anschluss nicht wirklich braucht, von Thurplus aufgrund der Unwirtschaftlichkeit gekündigt wird und danach eine Entschädigung erhält. Natürlich handelt es sich um eine Spitzfindigkeit und eine Ausnutzung dieses Passus ist eher unwahrscheinlich. Der Stadtrat ist der Meinung, dass es nicht nötig ist und winkt zusammen mit Thurplus ab, eine Ausnahme einzufügen. Mir bzw. uns ist das egal, es soll dann einfach niemand kommen und jammern.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Ich möchte kein Klagelied anstimmen, aber Fernwärme ist ein Monopol, das stimmt. Nach der Wahl ist ein Kunde gefangen. Und ich glaube, niemandem von uns würde es in den Sinn kommen, nach drei Jahren Fernwärmeanschluss das Heizsystem im eigenen Keller umzustellen. Also ich weiss nicht, ich kann mir das schwer vorstellen. Und ein weiterer Grund für die Preise ist auch noch zu sagen, dass der Preisüberwacher unsere Preise überwacht. In dem Sinn ist das Szenario für uns ziemlich unrealistisch.

Art. 23 und 24

**Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:** Die Fraktion Die Mitte/EVP stellt Ihnen einen Antrag zu Art. 23 und 24. Wir haben hier zwei Mal ein Wort, das das Gleiche sagt, aber zwei verschiedene Wörter, deshalb möchten wir eigentlich, dass einheitlich «Objekt» verwendet wird, wie dies in diesem Reglement üblich ist und man darauf verzichtet, das Wort «Liegenschaft» zu nennen. Dann ist das Reglement einheitlicher. Ich will den Bezug von Art. 23 zu Art. 24 herstellen.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Können Sie noch einmal wiederholen, was Sie genau geändert haben möchten?

**Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:** Es bezieht sich eben auf Art. 23 und Art. 24. Man spricht in diesem Reglement immer von Objekt und hier spricht man von Liegenschaft. Das leuchtet nicht ein, deshalb möchten wir das Wort «Liegenschaft» durch «Objekt» ersetzt haben.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Der Titel ist wie folgt zu verstehen. Es soll gegenüber der Kundschaft klargestellt werden, dass bezogene Energie, zum Beispiel in einer leeren Mietwohnung, die der Eigentümer nicht weiterverrechnen kann, von diesem zu tragen ist. Denn wir als Thurplus rechnen nur mit der Eigentümerschaft ab und haben keine Übersicht, wie die Wärme im Haus selbst verteilt wird. Demzufolge haben wir als Thurplus oder Kontaktpartner ein Bezugsverhältnis zur Eigentümerin und nicht zu den Mietern, deshalb wollten wir das so bei der Formulierung belassen.

**Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:** Das ist der zweite Punkt, den ich ansprechen will, respektive hier die Streichung von Art. 24. Lesen wir ihn doch einmal durch. «Der Energieverbrauch in leerstehenden Wohnungen und Gewerberäumen wird dem Eigentümer der Liegenschaft belastet.» Und wem wird er denn sonst belastet? Dem Eigentümer. Also wenn wir im ganzen Reglement sagen, es wird sowieso dem Eigentümer belastet, dann ist das komisch, wenn hier steht, dass in leerstehenden Wohnungen und Gewerberäumen dem Eigentümer diese Belastung erfolgt. Der Eigentümer ist immer derjenige, der für das Bezahlen aufkommen muss, ob er das dann weiterbelastet oder nicht, ist für Thurplus nicht entscheidend. Deshalb denken wir, dass dieser Artikel problemlos gestrichen werden kann. Er führt nur zu Verunsicherung. Wenn man nur diesen Artikel liest, hat man das Gefühl, das sei wie andernorts beim Wasser, dass verschiedene Abrechnungsorte oder Abrechnungspartner vorhanden sind. Wenn ohnehin immer nur der Eigentümer belastet wird, kann man diesen Artikel streichen.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Wir haben nun zwei Anträge nebeneinander. Wir sollten eigentlich zuerst über den ersten Antrag, also dem Ersatz des Begriffs «Liegenschaft» durch den Begriff «Objekt» in den Art. 23 und 24 abstimmen.

### Abstimmung

Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP wird mit 20 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 14 Enthaltungen angenommen.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Ich bitte Gemeinderat Christoph Regli, nochmals kurz zusammenzufassen, worüber wir im zweiten Antrag abstimmen.

**Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:** Diesmal kam die Überleitung vom Stadtrat, deshalb dachte ich, ich muss meine Worte schon auch noch loswerden, bevor man dann abstimmen will. Ich sage es also nochmals. Der

Energieverbrauch wird gemäss Art. 24 in leerstehenden Wohnungen und Gewerberäumen dem Eigentümer der Liegenschaft oder des Objekts belastet. Und wem wird es sonst belastet? Dem Eigentümer. Warum braucht es denn diesen Satz?

**Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Wir haben das Reglement ja intensiv diskutiert, aber wir haben diesen Art. 24 nicht angetastet. Wir sind davon ausgegangen, die anwesende Fachperson, Rechtsanwalt Staub, hat ihre Erfahrungen aus diversen anderen Orten in dieses Reglement einfliessen lassen. Der formaljuristische Aspekt ist ja immer eine Sache, aber das Reglement muss ja nachher auch in der Praxis umsetzbar sein. Und ich vertraue da eigentlich dem Urheber dieses Reglements, dass das so passt.

### Abstimmung

Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP auf Streichung von Art. 24 wird mit 19 Nein-Stimmen bei 12 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

### Art. 26

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Das zweitletzte Mal während der Beratung der Artikel, dass ich mich melde. In Art. 26 Abs. 3 wird der Brandfall als möglicher Schadensfall neben dem Gebäudeabbruch aufgeführt. Wir finden das komisch und diskriminierend. Auch hier war die Antwort wieder, das sei so üblich, weil sonst zu viele Schadensereignisse aufgeführt werden müssten. Wir haben einen ganz pragmatischen Vorschlag. Brand durch Totalschaden am Gebäude ersetzen. Deshalb soll der Abs. 3 neu heissen: «Bei einem Totalschaden am Gebäude oder bei Gebäudeabbruch werden bereits bezahlte Anschlussgebühren angerechnet, wenn innert fünf Jahren mit dem Neubau begonnen wird.»

**Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Wir möchten zum selben Artikel einen Vorschlag unterbreiten, und zwar scheint uns auch das Wording einfacher zu sein. Die FDP stellt den Antrag, dass der Satz redaktionell wie folgt abgeändert wird: «Im Brandfall oder bei Elementarschaden werden bereits bezahlte Anschlussgebühren angerechnet, wenn innert fünf Jahren mit dem Neubau begonnen wird.» Wir lehnen uns dabei an die gängige Sprache bei den Gebäudeversicherungen, darin sind alle durch die Natur verursachten Schäden inkludiert. Der Brandfall muss aber explizit beibehalten werden.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Somit haben wir zwei Anträge, die sich gegenüberstehen. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Die gewählte Formulierung ist Standard bei vielen kommunalen Reglementen und nicht diskriminierend gegenüber anderen Ereignissen wie Sturm, Tornados, Schneedruck oder Gletscherbrüchen. Wir pflichten dem Antrag bei, wir wünschen uns auch eine Ergänzung Brand- und Elementarereignisse.

**Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Es tut mir leid, ich habe den Gebäudeabbruch unterlassen, das ist noch etwas Spezifisches, aber die Elementarschäden kommen noch hinzu. Der Satz soll neu wie folgt lauten: «Im Brandfall, bei Gebäudeabbruch oder bei Elementarschaden werden bereits bezahlte Anschlussgebühren angerechnet, wenn innert fünf Jahren mit dem Neubau begonnen wird.» Der Abbruch gehört noch dazu.

### Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SP erhält 3 Stimmen, der Antrag der Fraktion FDP erhält 28 Stimmen. Es liegen 4 Enthaltungen vor. Somit obsiegt in der Gegenüberstellung der Antrag der Fraktion FDP.

In der Gegenüberstellung des Antrags der Fraktion FDP und des Antrags des Stadtrats erhält der Antrag der Fraktion FDP 31 Stimmen und der Antrag des Stadtrates 2 Stimmen. Es liegen 2 Enthaltungen vor.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Art. 26 Abs. 3 lautet neu wie folgt: «Im Brandfall oder bei Gebäudeabbruch oder bei Elementarschaden werden bereits bezahlte Anschlussgebühren angerechnet, wenn innert fünf Jahren mit dem Neubau begonnen wird.»

Somit haben wir das Reglement durchberaten und wir kommen zum Antrag der Fraktion SP auf eine zweite Lesung.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** An dieser Stelle nun offiziell unser Antrag auf eine zweite Lesung. Ausgeführt habe ich die Gründe bereits.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Eine kurze Anmerkung: Eine zweite Lesung bedeutet, dass wir die Schlussabstimmung nicht heute machen, sondern in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen noch einmal die materielle Beratung machen, was dann noch hinzugefügt werden möchte und die Schlussabstimmung dann machen. Gibt es Wortmeldungen zum Antrag der Fraktion SP?

**Gemeinderat Stefan Geiges (die Mitte), Referent im eigenen Namen:** Ich empfehle Ihnen, den Antrag abzulehnen und heute zur Schlussabstimmung zu kommen. Es sind für mich mehrere Gründe. Ein Grund ist, ich habe heute X Mal den Begriff Wirtschaftlichkeit gehört. Stellen Sie sich vor, Sie machen in Ihrer Firma ein Projekt über 30 Mio. Franken und über 9 Mio. Franken. Die Leute von Thurplus übernehmen Verantwortung. Die wissen, was sie mit diesen 30 Mio. Franken haben. Die sind extrem gefordert, damit sie das einhalten können und all das, was in diesem Fall besprochen worden ist, irgendwo halbwegs unter einen Hut bringen können. Das ist eine Riesenleistung von diesen Menschen, die das machen. Ich bin der Meinung, wir haben jetzt ein Reglement durchberaten, wir haben Abstimmungen gemacht, an und für sich ist mehr oder weniger jeder einverstanden. Ich sehe nicht ein, warum wir das ganze Spiel noch einmal machen sollten. Wir müssen vorwärtskommen. Vor allem, und das ist für mich der Hauptgrund, ist es auch ein bisschen ein Vertrauensmissbrauch, dass wir als GPK wie auch der Stadtrat scheinbar nicht im Stand sind, das Reglement zu beraten. Ich bin der Meinung, die GPK hat sich intensiv mit diesem Reglement auseinandergesetzt. Ich bin auch der Meinung, heute wurden zu Recht ein paar Anträge gestellt, aber jetzt ist es gut, jetzt lassen wir die Leute, die da weitermachen wollen, arbeiten. Als kleines Beispiel, es wurde schon gesagt: Thurplus muss jetzt über 10 Mio. Franken Liquidität äufnen, damit sie eventuell das bezahlen können, was jetzt in der Ukraine und überhaupt abläuft. Menschen, die einen solchen Job machen und so weiter studieren, haben unser Vertrauen verdient, dass es jetzt weitergeht und sie auch weiterarbeiten können. Ich bitte Sie darum, den Antrag der SP abzulehnen.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Aus unserer Fraktion wird wahrscheinlich ein Teil der Mitglieder dem Antrag zustimmen. Ich denke, es geht dabei nicht um ein Misstrauen gegenüber der GPK oder dem Stadtrat, sondern es ist eigentlich unsere Pflicht, erst dann über ein Geschäft und gerade über so ein wichtiges Geschäft abzustimmen, wenn wir uns auch wirklich sicher sind, was wir stimmen wollen. Deshalb ist es für mich völlig legitim und es ist in unserer Geschäftsordnung auch so vorgesehen, dass man eine zweite Lesung macht. In anderen Parlamenten passiert das ja andauernd. Ausserdem hätten wir dann noch die Chance, den letzten Antrag vielleicht noch einmal neu zu formulieren, der etwas misslungen ist.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Gerade weil es eben um 40 Mio. Franken geht – mal zum Anfang, denn es geht nachher noch weiter –, ist es notwendig, dass wir wirklich die Beratung sauber machen, dass wir alles durchdiskutieren und die Leute dann auf dieser Basis arbeiten lassen können. Ich finde es extrem wichtig, dass wir dies

von unserer Seite her auch unterstützen. Es ist kein Misstrauensvotum, wenn wir das hier machen, denn es können immer Punkte auftauchen, die vorher nicht gesehen wurden oder anders verstanden wurden, und dies ist meiner Meinung nach genau hier der Fall. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag zu unterstützen, damit wir diese Arbeit sauber ausführen können.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Wir erachten das Reglement als zwingend und ungeachtet, ob dieses nun mit oder ohne Inhaltsverzeichnis zu einer zweiten Lesung gelangt. Wir können damit leben, wir finden es einfach wichtig, dass wir die rechtliche Basis haben für unsere zukünftige Handlung und Thurplus die reglementarische Basis geben. In diesem Sinn sind wir für eine zweite Lesung offen.

### **Abstimmung**

Der Antrag der Fraktion SP wird mit 20 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Somit entfällt die heutige Schlussabstimmung.

### **175**

#### **BOTSCHAFT NR. 38 «OBJEKTKREDIT ÜBER 30.1 MIO. FRANKEN FÜR DIE REALISIERUNG DER FERNWÄRME WEST SOWIE ÜBER 9.9. MIO. FRANKEN FÜR DIE FERNWÄRME ALTSTADT»**

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Die Botschaft vom 10. Mai 2022 wurde am 12. Mai 2022 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Wie schon in der Einleitung der Sitzung erwähnt, liegt zu dieser Botschaft ein lachsfarbenes Papier der GPK Bau und Werke vor. Dieses bildet gemäss Geschäftsreglement für den Gemeinderat Art. 40 Abs. 4 die Grundlage für unsere Beratungen. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung, anschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Dem Stillschweigen entnehme ich, dass es genehmigt ist. Somit kommen wir zum Eintreten.

### **EINTRETEN**

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Ihnen ist bewusst, dass mindestens fünf Gemeinderäte nicht mehr anwesend sind? Ok.

Die GPK Bau und Werke hat am 7. Juni 2022 das Geschäft diskutiert und beschlossen. Es handelt sich in unserer Energie- und Umweltpolitik um das grösste und wohl auch wichtigste Investitionsprojekt in der Geschichte der früheren Werkbetriebe und der heutigen Thurplus. Die GPK teilt die Auffassung, dass Frauenfeld damit die Weichen für eine ökologische Energiezukunft stellt und auch einen Beitrag an die Unabhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern leistet. In der GPK sind grundsätzlich Fragen diskutiert worden. Sie betreffen unter anderem die Parallelnetze Gas, Fernwärme in der Altstadt, die Abschreibung der Netzgebühren, die Projektalternativen Geothermie – Wärmepumpen oder sogar Photovoltaik, Zeitpunkt und Grösse der nötigen Kreditaufnahme oder die Frage nach einem Anschlusszwang an die Fernwärme. Die GPK hat einstimmig Eintreten beschlossen.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Keine Wortmeldungen aus dem Rat zum Eintreten. Somit kommen wir zur Detailberatung.

## DETAILBERATUNG

### **Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:**

Die GPK hat den Projektkredit über 30.1 Mio. Franken für die Realisierung von Fernwärme West und über 9.9 Mio. Franken über die Fernwärme Altstadt einstimmig beschlossen. Alle Einwendungen und Änderungsanträge sind in der Diskussion bereinigt worden.

Um den Antrag 2 der Botschaft korrekt wiederzugeben, liegt Ihnen ein lachsfarbenedes Papier vor. Der GPK lagen ebenfalls der Entwurf der Gebührentarife vor sowie der Entwurf der Verordnung für die Fernwärmeversorgung. Für die Diskussion habe ich zwei kurze Bemerkungen.

1. Das Projekt stammt aus dem Jahr 2021 und bezieht sich bewusst nicht auf die aktuelle Lage, also nicht auf die kritische Energiesituation in Europa als Folge des Ukrainekriegs.
2. Trotzdem müssen wir die Energieversorgungskrise mit ihren Folgen im Hinterkopf behalten, wenn wir diese Vorlage diskutieren.

Einige Bemerkungen zur Botschaft:

Zu den übergeordneten Zielen: In der GPK wurde diskutiert, ob das beantragte Projekt in Bezug auf die Ökobilanz nachhaltig sei oder ob man sich an der Stelle von Fernwärme auch andere Energieträger vorstellen könnte. Thurplus erachtet den Anteil der sogenannten grauen Energie, etwa durch die Tiefbauarbeiten, an der totalen Energiemenge über 40-50 Jahre hinweg als vernachlässigbar.

Klimapolitische Rahmenbedingungen: Hier wird in der Botschaft von der Mehrheit von Weltklimarat gesprochen. In der GPK wurde darauf hingewiesen, dass der Weltklimarat einstimmig gewesen sei.

Wärme-Kälte-Konzept Frauenfeld 2030: In der Kommission wurde die Frage diskutiert und beantwortet, dass in der Altstadt das Erdgasnetz bestehen und ein zusätzliches neues Fernwärmenetz betrieben werden soll.

Projekt Fernwärme West, Ausgangslage: In der GPK trat die Frage nach der Zuverlässigkeit der Technologie und dem Klumpenrisiko des Holzkraftwerks auf und wurde von den Verantwortlichen offen beantwortet.

Projekt Fernwärme Altstadt: Eine Korrektur: S. 17 Tabelle Kosten Wärmenutzung sind es 900 m Haupt- und Verteilerleitung und nicht 600 m.

Modernste Wärmeerzeugung durch zentrale Grosswärmepumpe: In der GPK wurde die Frage gestellt, ob das Kälte-Wärme-Metall Ammoniak sicher sein. Ammoniak zählt in anderen Bereichen als giftig und problematisch. Thurplus hat kompetent aufgeklärt.

Man kann als Zusammenfassung sagen, dass in der GPK vor allem hinterfragt wurde, ob es sich lohnt, als Stadt im Westen einen Fernwärmering zu erstellen. Man könnte dies auch mit anderen Energiequellen erreichen. Dazu müssten aber die Eigentümer selber aktiv werden. Das Ganze ist ein Abwägen, wie die Stadt den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern gestalten soll und auch gehen will. Diese Grundsatzfragen haben die GPK-Mitglieder mit einem einstimmigen Ja zur Botschaft selber beantwortet. Die Anträge der GPK sehen Sie gemäss lachsfarbenem Papier, sonst habe ich keine Bemerkungen.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Ich habe das Eintreten übergangen, dass dieses stillschweigend genehmigt wurde, aber ich habe den fehlenden Voten entnommen, dass das der Fall war.

**Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Was gibt es zu dieser Botschaft zu sagen? Es gibt in Kapitel 1 auf S. 2-8 eine lange Einführung über übergeordnete Ziele. Die Energiestrategie 2050 des Bundes kommt vor, der Energierichtplan aus dem Jahr 2014, das Energiestadt-Label darf auch nicht fehlen und dann die Eignerstrategie. Über das Wärme-Kälte-Konzept, wo die diversen Vorteile von Fernwärme aufgezählt werden, kommt man dann ab S. 9 zum Eingemachten, nämlich zu den geplanten Fernwärmeringen. Und je länger man sich dort mit den Details befasst, desto mehr Fragen tauchen auf. Wir haben es schon mehrfach gehört, wir sprechen von 40 Mio. Franken aus der Substanz von Thurplus, die bei einem Vollausbau investiert werden. Und man stellt fest, dass für so viel Geld wesentliche Informationen fehlen. Für ein fundiertes Bild zu diesem Geschäft braucht es nämlich mehr als einen Fernwärme-Businessplan von Thurplus und zwei nackte Zahlen zu Wärmegestellungskosten. Das ist das, was dann in den Kapiteln 2 und 3 folgt. Es gibt ein paar wenige Zahlen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion, auch die Erdöl- und Erdgaseinsparungen werden genannt, aber diese stehen einfach so isoliert da ohne einen Gesamtkontext. Uns hätte zum Beispiel interessiert, wie die Wärmegestellungskosten für den typischen Anwendungsfall der Fernwärmeringe im Vergleich zu möglichen Alternativsystemen wären, und zwar auch im Vergleich zu Systemen, die nicht von Thurplus betrieben werden, wie zum Beispiel Wärmepumpen. In der Botschaft steht dazu lapidar «Die Wärmekosten für die Kundschaft sind vergleichbar mit denjenigen einer Erdsondenwärmepumpe». Das ist ja die wesentliche Frage, welche sich Kundinnen und Kunden stellen. Was kostet es und geht es günstiger?

Die gleiche Frage hat sich bei uns auch noch gestellt in Bezug auf Treibhausgasemissionen. Wie kann man mit dem eingesetzten Geld am meisten Energie und Treibhausgasemissionen einsparen? Muss es ein staatlicher Akteur sein oder können es auch Private sein? Auch auf diese Fragen findet man keine Antworten in der Botschaft. Das ist jetzt vielleicht die Quittung dafür, dass man den Energieberater Dani Moos vergrault hat, denn das war in der Verwaltung die Person mit dem meisten Nachhaltigkeits-Know-how. Wir haben dann natürlich nachgefragt und eine Berechnung erhalten. Diese brachte leider nicht viel mehr Licht in die Sache, denn das waren Berechnungen für ein Einfamilienhaus. Das ist ja genau nicht der typische Anwendungsfall für den Fernwärmering, das sind nämlich Mehrfamilienhäuser, grosse Bezüger. Und es fehlten verschiedene Parameter zur Berechnung. Wie war zum Beispiel der Strommix? Das ist absolut elementar, wenn es um die Beurteilung der Umweltbelastung geht. Wir haben probiert, das so gut wie möglich selber zu klären und wir sind zum Schluss gekommen, dass der Fernwärmering Altstadt eine gute Sache ist. Es gibt dort schlicht keine echte Alternativen mit erneuerbaren Energien und unsere Fraktion stimmt dem zweiten Antrag der Botschaft zu.

Uneinig waren wir uns aber beim Fernwärmering West und wir haben auch jetzt noch ein unguutes Gefühl. Was spricht denn für diesen Ring? Es ist einmal ein Angebot von Thurplus für Umstiegswillige, das ist sicher eine gute Sache. Und wir können das Projekt auch selber steuern, weil wir es selber bauen. Wir haben ja die Gratiswärme von der Pyrolyseanlage und diese zu nutzen ist auch sinnvoll. Und was es auch nicht braucht, ist ein zusätzlicher Strombedarf, wenn man das alles mit privaten Wärmepumpenlösungen machen würde.

Was spricht denn dagegen? Diese Liste ist leider viel länger. Im Gebiet der Fernwärme West ist die Wärmepumpe der natürliche Feind der Fernwärme. Es gibt für Mehrfamilienhäuser, das ist die primäre Zielgruppe der Fernwärme, bewährte und kostengünstige Wärmepumpenstandardlösungen, die zum Beispiel von Walter Schmid, dem Erfinder der Compogas angeboten wird. Es kostet nicht viel, man kann es schnell machen, super Geschichte. Vor allem, wenn man es noch in Kombination mit Solarzellen auf dem Dach macht.

In der Botschaft steht auch, dass im Versorgungsgebiet substantielle Neubauten geplant sind. Heutige Neubauten haben einen superguten Dämmstandard mit Bodenheizungen. Diese haben eine tiefe Vorlauftemperatur von 30°, und das ist nicht das ideale System, wenn man dort mit 50-60-gradiger Fernwärme reingeht. Wir haben gefragt, ich habe es vorhin erwähnt, ob die

Dekarbonisierung der Wärmeversorgung mit individuellen, privaten Wärmepumpenlösungen, aber auch Unterstützung von Thurplus nicht schneller gemacht werden könnte.

Wir sind auch skeptisch gegenüber der Holzverfügbarkeit des Pyrolysekraftwerks und gegenüber der Preisstabilität. Man hat zwar schon gesagt, das sei gesichert, aber im Bauamt, in dem ich arbeite, ist Holz das Zaubermittel, um als CO<sub>2</sub>-Senker den Klimawandel zu bekämpfen. Es wird auf Holz einen riesigen Run geben. Gut, hier spricht man von Holzschnitzeln, aber gerade heute konnte man in der Zeitung lesen, es gibt einen riesigen Run auf gutes Holz, auf Pellets, auf Holz-schnitzel. Da ist die Frage, ob die Preise für die Kunden stabil bleiben. Und durch den grossen Holzbedarf gibt es im Wald auch weniger Totholz, was sich negativ auf die Artenvielfalt aus-wirkt. Das ist zwar nichts, was Gegenstand der Botschaft ist, aber wir als potentielle Wärmeab-nehmer hängen dort natürlich auch mit drin.

Und noch zum Schluss: Wir müssen diese Wärme nicht abnehmen, das ist dort ein hoch attrakti-ves Gut, es gibt auch Industrien, die es abnehmen würden. Das kann nicht der Grund sein, um es zu machen. Es mag andere Gründe geben, aber das nicht.

Ihr seht, wir haben ganz viele offene Fragen. Wie wir in der Fraktion abstimmen werden, weiss ich selber nicht, das wird ein bisschen von der Debatte abhängig sein. Wir möchten Thurplus aber noch drei Punkte mit auf den Weg geben.

1. Wir vertrauen darauf, dass Thurplus jeden Ausbausschritt sorgfältig abwägt und dass sie auch bereit sind, bei Änderungen der Rahmenbedingungen den Ausbau abzurechnen.
2. Erneuerbare Fernwärme oder Wärmepumpen sind klimatechnisch gegenüber Erdgas und Erdöl immer viel besser. Wir verstehen deshalb nicht, dass man mit dem Ausbau des Fern-wärmenetzes nicht automatisch die Stilllegung des Gasnetzes in diesen Gebieten verknüpft. So werden nämlich auf Kosten der Gebührenden zwei parallele, mässig rentable Sys-teme betrieben, was volkswirtschaftlich unsinnig ist. Gerade heute erschien ein Bericht der Stadt Zürich, wo man das nachlesen kann.
3. Und was wir uns am Schluss bei allen Arbeiten für diesen Ring wünschen, ist ein koordinier-tes Vorgehen zusammen mit dem Strassenbau. Das vor allem auch bei der Fernwärme Alt-stadt mit den vielen betroffenen Geschäften in diesem Gebiet, dass diese möglichst nur einmal und nur so kurz wie möglich beeinträchtigt werden.

**Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Wir befin-den heute über zwei Vorlagen, die uns die Energiewende in Teilen der Stadt in absehbarer Zeit mitermöglichen. Investitionen von total 40 Mio. Franken sind grosse Brocken und haben in der Fraktion FDP durchaus zu Diskussionen geführt. Diese Diskussionen drehten sich aber nicht um das Warum, nein, sie drehten sich vielmehr darum, was wenn nicht.

Am 24. September 2017 haben die Frauenfelder Stimmberechtigten der Integration der Wärme Frauenfeld in die damaligen Werkbetriebe Frauenfeld zugestimmt. Aus der damaligen Rettungs-aktion ist aus heutiger Sicht eine mit Chancen behaftete, zukunftssträchtige und unabhängige Energiequelle für Thurplus geworden. Der Umstand, dass in der Altstadt die Häuser eher klein sind, meist unter Denkmalschutz stehen und die Alternativen zu Gas- und Ölheizungen sehr beschränkt sind, macht die bestehende, ausbaubare Fernwärmeleitung zu einer geeigneten, wenn nicht gar einzigen Alternative. Mit dem Erweiterungsbau des Regierungsgebäudes ergibt sich nun die einmalige Möglichkeit, diese Fernwärme mit einer neuen Heizzentrale auf die benö-tigte Temperatur zu erhitzen, um diese dann in der Altstadt für Heizzwecke nutzbar zu machen. Als Alternative wären in der Altstadt Luft-Wasser-Wärmepumpen einsetzbar. Eckige und runde Kisten in allen Farben, welche schon heute in Vorgärten von Einfamilienhausquartieren schon nicht schön sind, geschweige denn in der Altstadt von Frauenfeld. Die Fraktion FDP erachtet die Investitionen von 9.9 Mio. Franken als gerechtfertigt und wird dem Antrag zustimmen.

Im Westen sieht es ähnlich aus. Vor gut einem Jahr, im Mai 2021, haben wir im Gemeinderat der Übernahme der Wärmeversorgung der Wärme Frauenfeld West und deren Integration in

Thurplus zugestimmt. Ebenfalls zugestimmt haben wir der Kreditfreigabe über 1.95 Mio. Franken für die Instandhaltung des bestehenden Wärmeverbands. Bereits damals wurde in der Vorlage auf die Konzepte von Thurplus verwiesen, in denen die Entwicklung des Gebiets Frauenfeld West weg vom Erdgas hin zu Fernwärme aufgezeigt wurde. Das Potenzial von Wärmeabnehmern in diesem Quartier der Stadt ist gross und das Angebot an Wärme mit dem neu erstellten und in Betrieb genommenen Holzheizkraftwerk ebenfalls vorhanden. Dass dazu die nötigen infrastrukturellen Erweiterungen wie zum Beispiel der Bau der Heizzentrale nötig sind, ist logisch und nachvollziehbar. Die langjährigen Zusammenarbeitsverträge mit den Betreibern des Bioheizkraftwerks sichern auf lange Sicht die Nutzung dieser Wärmequellen und regeln die Verantwortlichkeiten klar und sinnvoll.

Auch wenn wir bei diesen beiden Projekten über zwei unterschiedliche Fernwärmetechniken sprechen, sieht die Fraktion FDP die Notwendigkeit beider Investitionen. Die Zeit wird dann zeigen, ob nicht vielleicht sogar die Diversifikation in verschiedene Wärmequellen ein Erfolg in schwierigen Zeiten sein wird. Die Fraktion FDP stellt fest, dass mit der Erweiterung der Fernwärmenetze eine Abkehr von der karbonisierten Energie in Richtung einer umweltfreundlichen Wärmeproduktion unterstützt wird. Dass diese Wende kommen und viel kosten wird, war absehbar, wobei die Nicht-Umsetzung in der heutigen Zeit und der aktuellen Weltlage aber schlichtweg undenkbar wäre. Nutzen wir also die Chance und machen wir die Fernwärme nutzbar für eine grössere Kundengruppe. Die vorliegende Botschaft mit den Investitionen über 40 Mio. Franken ist die logische Folge von Beschlüssen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und des Gemeinderats. Stellen wir nun also sicher, dass die bereits getätigten Investitionen nicht im Nichts verpuffen, sondern durch sinnvolle, zukunftsweisende Erweiterungen gestärkt werden. Die Fraktion FDP wird die Botschaft annehmen.

**Gemeinderat Nathanael Hug (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:** Vorwegnehmend kann ich Ihnen mitteilen, dass unsere Fraktion beiden Anträgen einstimmig zustimmen wird. Wir möchten die Genehmigung der Objektkredite über insgesamt 40 Mio. Franken als Vertrauen gegenüber Thurplus verstanden wissen. Unserer Ansicht nach hat sich Thurplus dieses Vertrauen durch gewissenhaftes und sinnvolles Handeln in der Vergangenheit verdient. Durch die Genehmigung soll ein innovatives Projekt ermöglicht werden, die Wärmewende als Teil der Energiewende zumindest teilweise anpacken zu können. Wir begrüssen das Bestreben, klimaschonendere Projekte umzusetzen mit Nachdruck. Unsere Fraktion ist darüber hinaus zuversichtlich, dass die in der Botschaft dargelegte Berechnung schliesslich auch aufgehen wird, unabhängig von darin durchaus vorhandenen volatilen Variablen. Aus all diesen Überlegungen geniessen beide Anträge unsere ungeteilte Unterstützung.

**Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Die SP-Fraktion steht grundsätzlich hinter dem Ausbau der beiden Wärmeringe und dankt dem Stadtrat für die Botschaft. Auch wenn wir daran einige Punkte bemängeln, ich komme später dazu, sind wir überzeugt, dass die Fernwärme mindestens in grossen Teilen der Stadt Frauenfeld die Zukunft des Heizens ist. Auf dem Weg dahin haben wir nun die Gelegenheit, einen ordentlich grossen Schritt zu machen. Oder eigentlich sind es zwei Chancen, die wir jetzt nutzen sollten. Die beiden Projekte haben eine individuelle Würdigung verdient.

Ausbau Wärmering West: Hier haben wir die Chance, die Abwärme eines sich bereits in Betrieb befindlichen Kraftwerks zu Heizzwecken zu verteilen. Dass es ökologisch sinnvoll ist, diese Abwärme zu nutzen, statt sie einfach an die Umwelt abzugeben, dürfte ausser Frage stehen. Für den Ausbau sind 30.1 Mio. Franken vorgesehen. Diese Investition lohnt sich, schon bei der Übernahme des Wärmerings standen wir hinter diesem Projekt. Nun ist das nicht anders. Der Ausbau dieses Wärmerings ist ein relativ grosser Hebel bei der Umsetzung des Wärme-Kälte-Konzepts 2030. Oder etwas ketzerischer: In der Zone 2 des Konzepts haben wir wenigstens bereits einen konkreten Plan, wie das Konzept umgesetzt werden soll. Und wo es konkreter wird, finden sich auch Details, die missfallen. So zeigt sich beispielsweise, dass mit den 30 Mio. Franken zwar ein grosser Teil der Zone 2 mit Wärmeleitungen erschlossen wird, aber eben noch lan-

ge nicht die ganze Zone. Die Diskrepanz zwischen der Zone in der Karte auf S. 7 der Botschaft und der Ausbautetappe auf S. 10 ist noch ordentlich. Wann soll der Rest der Zone ausgebaut werden und wie gross ist der Investitionsbedarf dafür? Informationen dazu enthält uns die Botschaft leider vor.

Weitere Diskrepanzen zeigen sich beispielsweise beim Wärmeliefervertrag mit der Bioenergie Frauenfeld AG, der bis 2042 aufgelegt ist. Das liegt dann eben doch nur 20 Jahre in der Zukunft, während die Nutzungsdauer der neuen Leitungen 60-80 Jahre beträgt.

Und nicht zuletzt stören wir uns auch an der Erwähnung von fossilen Back-up-Methoden zur Abdeckung von Energiespitzen.

Zum Ausbau Fernwärme Altstadt: Auch hier gilt es, eine Chance zu packen, nämlich die Chance, eine Grosswärmepumpe in der kantonalen Verwaltung platzieren und mit deren Hilfe die bestehende Fernwärme zu verdichten und ein Hochtemperaturfernwärmenetz zu speisen. 9.9 Mio. Franken und die Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer in der Altstadt haben die Möglichkeit, ihre Liegenschaften anzuschliessen. Diese Chance sollten wir ihnen keineswegs vorenthalten. Sinnvolle Alternativen sind für die Frauenfelder Altstadt letztlich kaum erkennbar. Und auch die Synergien mit der baulichen Aufwertung der Strassenräume in der Innenstadt sollten dringend genutzt werden. Für uns stellt sich bei diesem Projekt lediglich noch die Frage, wie es mit dem Mix zwischen Strom und Wärme aussieht. Welche Rolle der Stromverbrauch einer solchen Grosswärmepumpe spielt, ist uns leider unklar. Nichtsdestotrotz gehen wir davon aus, dass auch der Ausbau der Fernwärme Altstadt der richtige Weg ist.

So viel zu den beiden Projekten, aber noch übergeordnet ein Thema, das uns zu denken gibt. Die Langfristplanung zum Wärme-Kälte-Konzept 2030 ist für uns weitestgehend unklar. Vor uns liegen zwei konkrete Projekte aus zwei von acht Versorgungszonen. Wann und wie es mit den anderen sechs Zonen weitergeht, wissen wir nicht. Noch viel wichtiger ist es aber, dass die Stimmbevölkerung dies ebenfalls nicht weiss. Wenn diese Stimmbevölkerung die Geschäfte in einer Volksabstimmung annehmen soll, muss ich meinem Bekannten aus Versorgungszone 4 und meiner Verwandten aus Versorgungszone 7 mindestens Lösungsansätze, Zeithorizont und zu erwartende Investitionskosten für ihr Wohngebiet nennen können, damit sie auch bereit sind, 40 Mio. Franken für die Altstadt und den Westen locker zu machen. Für die Meinungsbildung ist der Stadtrat hier also bis zur Volksabstimmung noch gefordert, damit die Perspektiven in allen Quartieren bekannt sind. So könnt ihr eure energiepolitische Führung nochmals auf ganzer Linie aufzeigen.

**Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Die vorliegende Botschaft ist in unserer Fraktion im Grossen und Ganzen gut angekommen. Die Gelegenheit, sich von der Importabhängigkeit fossiler Energieträger ein Stück weit zu lösen, macht Sinn. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass wir weiterhin importabhängig sind, und zwar von beträchtlichen Mengen an Holz für den Betrieb des Kraftwerks. Das wussten wir schon in der Projektierung des Kraftwerks. Weiter korrespondiert die Fernwärme mit der Eigentümerstrategie von Thurplus, der durch den Grossen Rat beschlossenen Revision des Energienutzungsgesetzes und der selbstauferlegten Pflicht der Behörden mit dem verbindlichen Energierichtplan der Agglo Frauenfeld. Die Fernwärme West und die Fernwärme Altstadt führen mit total 40 Mio. Franken zu erheblichen Investitionen. Durch die erwartete Nutzungsdauer von mindestens 60 Jahren relativiert sich diese Summe leicht. Zudem kann von einer lückenlosen, ganzjährigen Lieferung ausgegangen werden, und dies über eine Vertragsdauer von mindestens 20 Jahren. In unserer Fraktion gab der Anschlussgrad von 60 % für die Fernwärme West und die 75 % für die Fernwärme Altstadt noch zu reden. Diese Werte sind direkt in Abhängigkeit mit dem Preis in Rappen pro Kilowattstunde und im Vergleich mit Wärmepumpen «Luft-Wasser» oder «Erdsonden» ist der Preis aus unserer Sicht konkurrenzfähig. Die Anzahl Anschlüsse darf aber nicht gross von aktuell berechneten Wert abweichen. Die Liegenschafteneigentümer dürfen sich bei der Umsatz-

telung auf Fernwärme auch noch auf Beiträge durch den Kanton und den Energiefonds der Stadt Frauenfeld freuen, dies ist sicher ein willkommener Anreiz.

Wenn Thurplus nicht in die Erstellung und den Betrieb der Fernwärmeringe investieren würde, dann käme ein anderer Anbieter, das ist klar, der aber nur seine eigenen Interessen in den Fokus stellt und nicht die der Stadt Frauenfeld. Das fänden wir nicht gut. Das würde vor allem im Bereich des Strassenunterhalts unkoordiniert und noch schwieriger daherkommen. Was auf keinen Fall kommen darf, ist eine Pflicht zum Anschliessen an einen Wärmeverbund, also keine Eigentümerverbindlichkeit. Das ist für unsere Fraktion auch ein wichtiger Punkt.

Für die SVP/EDU-Fraktion ist auch entscheidend, dass Thurplus die Investitionen selber stemmen kann und keine Steuergelder beansprucht. Ideal aus unserer Sicht ist zudem die zeitliche Abstimmung mit dem Ergänzungsbau als Standort des Regierungsgebäudes für die Heizzentrale und dass der Anschluss an die BZT-Turnhallen stattfinden kann. Ein möglicher Ausbau des Contractings, wie es in der Botschaft herauszulesen ist, sollte aus unserer Sicht vorsichtig angegangen werden. Es darf das einheimische Gewerbe, welches diese Dienstleistungen auch anbieten würde, nicht gefährden. Ein allfälliger weiterer Ausbau im Bereich des Wärmerings 5 könnte aus unserer Sicht nach einer Phase der Konsolidierung geprüft werden.

In unserer Fraktion wurden aber auch noch Bedenken geäussert, dass die Freie Strasse nach einem allfälligen Ja am 25. September sofort in die Begegnungszone umgebaut würde. Deshalb wurde die Vorgehensweise beim Wärmering in der Innenstadt entsprechend kritisiert. Dass zeitnah geplant wurde, die Freie Strasse mit der Fernwärme zu erschliessen, hätte in der letzten Abstimmung miteinfließen müssen. Denn mit dieser Erschliessung wird nun auch gleich die Begegnungszone umgesetzt. Damit kommt es zu einer undurchsichtigen Kostenverschmelzung mit Erschliessung der Fernwärme, Umsetzung des Aggloprogramms und der Einführung der Begegnungszone. Dies ist nicht ganz sauber.

Die Fraktion SVP ist mehrheitlich für Antrag 1 und wird auch dem lachsfarbenen Papier grossmehrheitlich zustimmen.

**Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im eigenen Namen:** Ich begrüsse und unterstütze CO<sub>2</sub>-neutrale Projekte, aber so geht es gar nicht. Meiner Meinung nach ist der Fernwärmering West wegen zu geringer Anschlussdichte zu teuer. Ein Mann besitzt an der Oberwiesenstrasse einen Wohnblock, der bisher am Fernwärmering der Zuckerfabrik angeschlossen war. Dieser Fernwärmering ist marode und meiner Meinung nach hat Thurplus dafür einen viel zu hohen Preis bezahlt – hätte gratis sein können. Dieser Mann hat sich entschieden, seinen Wohnblock vom Fernwärmering abzuhängen und durch eine eigene Wärmepumpenheizung mit Erdsonden zu ersetzen. Für die Stromerzeugung für die Wärmepumpen plant er die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach. Bevor Geld in einen neuen Wärmering investiert wird, sollten Alternativen durchgerechnet werden. Dazu gehören ein anderer Anergiering West und dazu die Förderung von Fotovoltaikanlagen und dezentraler Wärmepumpen im Einzugsgebiet. Der Anergiering könnte in diesem Fall eine Alternative sein für individuelle Erdsonden. Das Temperaturniveau des Anergienetzes könnte während der Heizperiode durch Energie vom Holzkraftwerk leicht angehoben werden und damit den Stromverbrauch der dezentralen Wärmepumpen reduzieren. Mit dem Holzkraftwerk sind Tatsachen geschaffen worden, indem ein zentraler Grossezeuger von CO<sub>2</sub>-neutraler Wärmeenergie gebaut wurde. Dieses Kraftwerk ist jedoch überdimensioniert und verbraucht mehr Abfallholz, als in allen Thurgauer Wäldern nachwächst. Es darf nicht sein, dass über den Bau eines neuen, überteuerten Hochtemperaturwärmerings der Steuerzahler die Zuckerfabrik zusätzlich subventioniert. Die Fernwärmeversorgung ist ein wichtiges Element einer nachhaltigen, zukünftigen Energieversorgung, doch muss dieser den lokalen Gegebenheiten angepasst werden. Im Zentrum von Frauenfeld würde ein Hochtemperaturwärmering mehr Sinn machen als einer im gar dünn bebauten Frauenfeld West. In der Altstadt wird mit dem Bau der Wärmeleitung gleichzeitig die sogenannte Begegnungszone gebaut. Nur werden wir nicht mit einem aussagekräftigen Situationsplan nach dem Bau der Begeg-

nungszone informiert. Ich befürchte, dass der Volksentscheid «Keine autofreie Altstadt» mit dem Ausbau der Begegnungszone umgangen wird und die Parkierungsmöglichkeiten massiv eingeschränkt respektive massiv aufgehoben werden. Somit werde ich beide Objektkredite ablehnen.

**Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im eigenen Namen:** Als Befürworter von erneuerbaren Energien fällt es mir schwer, Kritik an einer grundsätzlich guten Sache zu üben. Zudem muss ich Ihnen gestehen, dass ich in der GPK beiden Fernwärmeringen zugestimmt habe, wenn auch mit Widerwillen. Ich erkläre Ihnen wieso.

Am 7. Juli traf sich unsere GPK zur Sitzung um 19:00 Uhr. Sehr lange diskutierten wir über das Reglement, die Botschaft Nr. 37. Zu vorgerückter Stunde folgte dann die Botschaft Nr. 38, in welcher wir über Ausgaben von gesamthaft 40 Mio. Franken zu befinden hatten. Erst gegen Schluss, kurz vor Sitzungsende um 23:00 Uhr, konnte ich meine kritischen Fragen zum Fernwärmering West einbringen. Nun gibt es unter uns Mitmenschen, die laufen spät abends zu Höchstform auf, ich gehöre eher zur anderen Sorte, wie vermutlich auch einige Mitglieder unserer Kommission. Nach 4 Stunden Sitzung waren die Meinungen gemacht und niemand hatte mehr Lust auf eine vertiefte Grundsatzdiskussion. Um das Verfahren abzukürzen, wurden am Ende sogar beide Wärmeringträge in einer Abstimmung abgehandelt, obschon sie komplett unterschiedliche Konzepte haben. Einige schlaflose Nächte später wollte ich nach Rücksprache mit zwei Kommissionsmitgliedern einen Antrag stellen für eine zweite GPK-Lesung. Leider traf am selben Morgen zur gleichen Zeit, als ich am Schreiben meines Antrags war, bereits die Einladung für die heutige Gemeinderatssitzung per Mail ein, somit hatte ich diese Gelegenheit leider verpasst.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass der vorgeschlagene Fernwärmering Altstadt Sinn macht, weil es für diese Liegenschaften im Zentrum nur wenige Alternativen gibt. Beim Fernwärmering West sieht dies anders aus. Deshalb möchte ich in sechs kurzen Punkten meine Bedenken anbringen.

1. Thurplus definiert sich als unselbstständiges, öffentlich-rechtliches Unternehmen der Stadt Frauenfeld. Das heisst, Gewinne, aber auch Verluste fallen auf die steuerzahlende Bevölkerung zurück. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Mitglieder des Gemeinderats die Investitionen von Thurplus nachvollziehen können und bereit sind, die Mitverantwortung für die Risiken zu übernehmen. An dieser Stelle darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass vor nicht allzu langer Zeit die Wärme Frauenfeld AG nur durch einen massiven Schuldenschnitt überlebt hat. Aber das ist ein anderes Kapitel. Hoffentlich haben die Verantwortlichen daraus gelernt, denn heute geht es um weit grössere Beträge als damals.
2. In Anbetracht der hohen Investitionssumme hätte ich eine zusätzliche Expertise einer neutralen, unabhängigen Organisation erwartet. Ich nehme als Beispiel die Schweizerische Energienstiftung. Im Wesentlichen hätte ich gern gewusst, ob der Fernwärmering West aus ökonomischer und ökologischer Sicht die bestmögliche Variante ist und ob dieses Konzept tatsächlich das beste Preis-Leistungs-Verhältnis für alle Beteiligten bietet. Von einer im Energiebereich tätigen Fachperson habe ich erfahren, dass für die Summe von 30 Mio. Franken, wie sie für die Fernwärme West beantragt wird, das Dreifache an Energie mit Photovoltaik und Wärmepumpen produziert werden könnte. Ich muss also heute aus dem Bauch entscheiden, weil mir die Fakten fehlen.
3. Ein Kadermitarbeiter des Holzkraftwerks versicherte mir, dass Abwärme aus erneuerbarer Energie beispielsweise in der Industrie stark nachgefragt sei. Das Holzkraftwerk könne seine Energie problemlos anderweitig absetzen, beispielsweise an Unternehmen, welche das ganze Jahr konstant auf heisse Temperaturen angewiesen sind. Der Fernwärmering braucht aber im Sommer viel weniger Energie als im Winter. Was mache ich nun mit dieser Information? Was passiert mit den Überschüssen im Sommer? Irgendwie geht das für mich nicht zusammen.
4. Der heisse Fernwärmering West hat zwei wesentliche, eher negative Eigenschaften. Er muss durchgehend isoliert werden, damit im Verteilernetz möglichst keine Energie verloren geht.

Das verteuert die Baukosten massiv. Und im Gegensatz zum Anergienetz, das wurde schon von Kollege Sieber genannt, den kalten Fernwärmering aus der ARA kann man im Sommer nicht kühlen, das wäre aber mit einem kalten Fernwärmering möglich.

5. Zurzeit spielen die Gaspreise verrückt, der Zenit ist noch nicht erreicht und vielen Eigentümerinnen und Eigentümern von Liegenschaften missfällt der Gedanke, russisches Kriegstreiben zu subventionieren. Der extreme Zuwachs an Baugesuchen für Wärmepumpen nur schon in diesem Jahr spricht für sich, auch hier in Frauenfeld. Bei den Herstellern und Installateuren quellen die Auftragsbücher für Wärmepumpen über. Der Fernwärmering wäre eine ideale Option für den Gasausstieg, aber es wird mehrere Jahre dauern, bis das Anschlussnetz im ganzen Umfang bereitsteht. Dann ist es vielleicht schon zu spät. Ob die potenziellen Kundinnen und Kunden bis dann zuwarten werden, ist zumindest fraglich.
6. Wir treffen einen Entscheid für einen Betrag von über 30 Mio. Franken unter Zeitdruck, weil sich sonst offenbar Mitbewerber das Geschäft für die Frauenfelder Fernwärme sichern wollen. Ich fühle mich in meiner Entscheidungsfindung massiv unter Druck gesetzt. Auch das Datum für die Volksabstimmung steht bereits fest. Wäre es nicht angebracht, die Situation bezüglich Fernwärmering Frauenfeld West nochmals neu zu beurteilen und den Termin für die Abstimmung auf November zu verschieben?

Ich fasse kurz zusammen: Den Antrag 1 Fernwärmering West werde ich ablehnen und den Antrag 2 Fernwärme Altstadt annehmen.

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen:** Ich spreche zuerst als GPK-Präsident. Ich verweise auf das GPK-Protokoll, das ich nicht zitieren darf. Es war nicht so, dass man beide Anträge zwangsweise zusammen abgestimmt hat. Es wurde nachgefragt. Die GPK-Mitglieder waren der Meinung, dass man das so kann. Das als Rechtfertigung als GPK-Präsident.

Ich habe es schon einmal gesagt, das ist wirklich das Problem dieser Geschichte, man kann beim Fernwärmering West anderer Meinung sein, man kann die Energie wahrscheinlich auch anders produzieren. Das ist alles möglich, dieser Meinung bin ich auch. Das Problem liegt einfach darin, wir haben heute ein Beispiel gehört, dass ein Eigentümer machen kann, was er will. Die klügste Lösung, wenn Sie heute eine Heizung bauen, wäre für den nächsten Winter die Ölheizung. Bei Gas wissen wir nicht, ob wir es haben – ich gehe davon aus, dass wir es haben. Beim Strom wissen wir nicht, ob er immer funktioniert – kann sein, kann auch nicht sein, da sind wir heute daran, Notfallszenarien zu machen. Und genau das wollen wir verhindern, dass wir darauf angewiesen sind, dass Spekulanten das Günstigste nehmen, andere Systeme nehmen, das, was für sie momentan gerade das Beste ist. Und genau das war ja die Idee dieses Fernwärmerings West. Dass dies eine grosse Herausforderung ist für Thurplus und die Stadt, ist mir völlig klar. Ich glaube aber daran, und das kommt darauf an, wie wir heute abstimmen, wenn wir wirklich mit Überzeugung ja sagen zu einem Projekt – und so kenne ich es –, dann wird es auch eine gute Sache werden.

Der alte Fernwärmering, der angesprochen wurde, ich glaube, dieses Problem liegt an einem ganz anderen Ort, dass das auf die falsche Seite ging. Da hat man etwas ganz Anderes falsch gemacht. Nochmals: Es wäre möglich, das anders zu lösen. Davon bin ich 100 % überzeugt. Ich bedanke mich, wenn Sie heute dieser Botschaft zustimmen für die nächsten 40 Jahre, denn das ist für mich matchentscheidend. Ich habe in diesem Rat nicht viele Sachen erlebt, die 40 Jahre dauern. 40 Jahre und bis wir Geld verdienen, dauert es 20-30 Jahre. Eine Riesenherausforderung für die Leute, die sich das angetan haben, das Projekt zu machen. Dass man jetzt noch Abklärungen machen könnte, kann sein, auch das wurde diskutiert. Aber Fakt ist auch, es ist wirklich so, es wird dort unten jetzt Neubauten geben, und wenn wir Thurplus nicht die Möglichkeit geben, jetzt zu verhandeln, dass man diese Bauten anschliessen kann, eventuell mit einem Jahr Übergang, dann haben wir es verpasst. Davon bin ich felsenfest überzeugt. Nehmen Sie sich ein Herz und stimmen Sie heute für die Botschaft als Vertrauen und dass wir vorwärtsmachen mit dem, was in diesem Rat seit Jahren diskutiert wird. Klimawandel vorwärtsmachen, Klimawandel

vorwärtsmachen. Jetzt machen wir vorwärts, jetzt stehen wir selber auf der Bremse. Bitte nehmen Sie sich ein Herz, entscheiden Sie sich für Thurplus, damit es weitergehen kann.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Sie haben der Befindlichkeit in unserer Fraktion mitbekommen, wir sind grundsätzlich auch überzeugt, dass es eine gute Sache ist und möchten eigentlich gern ja stimmen, gerade weil es eben eines unserer Urthemen betrifft, mit denen wir dich Stefan all die Jahre unterhalten haben. Gleichzeitig habt ihr gehört, gibt es Bedenken in unserer Fraktion, Stefan Leuthold hat sie geäußert oder auch Michael Pöll in unserem Fraktionsvotum. Auch aus anderen Fraktionen sind Bedenken gekommen oder auch von Einzelpersonen, ich erinnere an Kurt Sieber oder auch an das Votum der SP-Fraktion. Für einen Teil unserer Fraktion ist es deshalb ein Anliegen, dass wir auch bei diesem Geschäft eine zweite Lesung abhalten. Das heisst, wir können es in der GPK noch einmal diskutieren und hier noch einmal diskutieren und der Stadtrat kann Informationen, die einigen gefehlt haben, auch noch auf geeignete Weise nachliefern. Ich werde im Anschluss an das Votum des Stadtrats, das wahrscheinlich noch kommt, gern einen solchen Antrag stellen. Ich bin auch gespannt, wie die anderen Fraktionen dazu stehen.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Nun, ich bin gar nicht so sicher, was ich dazu noch sagen soll. Die lokale Wärmewende war uns ein Ziel und Teile dieser Energiewende sind wirklich hochgesteckt. Wenn wir die Wärme und die fossilen Brennstoffe um die Hälfte verringern möchten bis 2040 und bis 2050 den Ausstoss der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf netto null senken möchten, dann sind namhafte Investitionen in unsere Infrastruktur, in Technik und auch in Personal nötig.

Zum Thema Personal: Ich hörte doch aus einigen Voten, man solle doch mehr machen, es sei noch unklar, was aus der Wärme-Kälte-Strategie jetzt in den anderen Gebieten entstehen soll. Ich erinnere sehr gern daran, welchen Personaletat Thurplus zur Verfügung hat. Stellen Sie sich vor, sie machen sehr viel und ich möchte namentlich die vier Mitarbeitenden auf der Galerie erwähnen, das sind Jürg, Sandro, Ueli und Peter. Sie haben in der Vergangenheit unheimlich viel Herzblut in diese Projekte gesetzt und dies möglich gemacht.

Der substanzielle Umstieg von Erdgas und Heizöl auf den umweltneutralen Energieträger Holz – man kann das jetzt wieder hinterfragen, ob das Holz aus den Thurgau oder aus dem Kanton Zürich kommt – sowie Ökostrom im städtischen Wärmemarkt betragen mehr als 20 % der fossilen Energieträger. Und es ist eine Diversifizierung nötig, unabhängig ob wir jetzt ein Fernwärmenetz bauen oder ob Wärmepumpen erstellt werden sollen. Es ist ganz klar, dass der Wirkungsgrad einer zentralen Wärmeerzeugung besser ist und die Abwärme ist im Westen bereits schon da, also nutzen wir diese.

Ich möchte mich grundsätzlich ganz herzlich für die positiven Voten bedanken und vor allem auch für das Vertrauen in die Arbeit und unsere Arbeit. Na ja, ich hörte, wir hätten einige Leute vergrault, da sträubte sich mein Nackenhaar. Ich muss ganz ehrlich sagen, das hat überhaupt nichts miteinander zu tun. Dann ist es im Westen nicht so, dass die Fernwärme West für Thurplus gebaut werden soll, sondern das ist eine zusätzliche Möglichkeit für die vielen Mehrfamilienhäuser im Westen von Frauenfeld, Energie zu gewinnen. Und wenn von dünn besiedelt gesprochen wird, dann kann ich das nicht ganz nachvollziehen, denn was sicher nicht lügt, sind die Wärmeerzeugungsdaten, die wir als Basis haben, und die sprechen eine ganz andere Sprache.

Wärmepumpen seien gegenüber Erdgas besser, habe ich auch mitgekriegt. Das stimmt. Ich möchte dabei einfach auf unsere Erdgasstrategie verweisen, wir haben ja eine Gaslieferung bis 2040 zugesagt, also hängt das auch mit zusammen.

Der Wunsch nach dem koordinierten Vorgehen – ich spreche von städtischen Tiefbauamt und vom kantonalen Tiefbauamt – ist natürlich erhört worden, schon an einer der letzten Budgetsitzungen. Wir haben uns auch abgesprochen zum Beispiel mit dem kantonalen Tiefbauamt, was die Sanierung der Schaffhauserstrasse angeht.

Ja, wir stehen hinter dem Ausbau, aber ... Und wir bräuchten noch zusätzliche Studien und noch mal Abklärungen. Natürlich, kann man machen. Wenn wir jetzt aber den Abstimmungstermin vom September auf den November schieben, glauben Sie allen Ernstes, dass wir in 1.5 Monaten neue Studien und neue Vergleiche vorlegen können? Das ist schlichtweg unmöglich. Also wenn Sie dem Antrag auf Verschiebung jetzt folgen, dann spülen wir dieses Projekt zumindest für dieses Jahr.

Wir haben uns bewusst für keine Anschlusspflicht eingesetzt und möchten auch daran festhalten.

Zum Thema der Freien Strasse mit der Begegnungszone: Das ist aus unserer Sicht nicht Einheit der Materie, ganz klar keine Verknüpfung, weil das zwei Themen sind und wir die eben genau nicht miteinander verbinden wollten.

Ich möchte einfach noch eine Frage in den Raum stellen. Woher kommt im Winter der Strom? Von den PV-Anlagen auf den Dächern für die Wärmepumpen? Ich weiss nicht, ob das wirklich zu Ende gedacht ist, wenn wir nur auf ein System setzen wollen. Wir machen uns breit für eine Diversifizierung und stellen fest, dass PV und Windenergie am Schweizer Energiekuchen derzeit 0.34 % betragen. Allein das Holzkraftwerk im Westen liefert 11 % für den Frauenfelder Primärenergiebedarf. Also das sind Zahlen, die stehen so auf dem Papier. Ich würde meinen und wir meinen, Sie verschieben in der Frauenfelder Energiepolitik die Gewichte in eine Richtung von Nachhaltigkeit und verkleinern die Importe von fossilen Brennstoffmengen, und ich würde mich im Namen des ganzen Teams des Stadtrats bedanken, wenn Sie den ursprünglichen Anträgen zustimmen. Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung bisher heute, bis zur Volksabstimmung und auch in Zukunft.

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen:** Ich spreche zum Antrag der Linken. Dies wurde meiner Ansicht nach von Stadtrat aus nicht besprochen. Ich komme halt wieder, ich formuliere es nochmals und formuliere es wenn möglich etwas anders. Wir können den Termin verschieben, wir können Studien machen etc., etc., etc. Sagen Sie mir, wenn wir in der nächsten GPK-Sitzung das Reglement revidieren, was ich als GPK-Präsident sagen soll. Wer schreibt das Reglement neu? Herr Staub? Ich würde verstehen, wenn er es nicht mehr macht. Was würde neu im Reglement stehen? Ui, ich weiss nicht, was da wirklich kommt, etc., etc. Jetzt wollen wir eine Botschaft verschieben mit 30 Mio. Franken. Die Schaffhauserstrasse wird nächstes Jahr ausgebaut, es ist geplant, dort Rohre für die Fernwärme einzulegen. Das heisst, wir müssen irgendwann entscheiden, das ist einfach so. Wie gesagt, glauben wir an etwas, ziehen es durch und es wird gut. Das ist hier die Lösung. Und alles andere, bin ich der Meinung, ändert sich zurzeit jeden Tag mit Ukraine, Corona – und neu habe ich gehört, Affenpocken gibt es ja auch noch in diesem Land. Denken wir 40 Jahre voraus, machen wir einmal diesen Schritt in diesem Saal in diesem Rat. Herzlichen Dank für die Ablehnung des Antrags.

**Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im eigenen Namen:** Ich habe nicht gewusst, dass man nach dem Stadtrat noch sprechen darf, also nutze ich diese Gelegenheit auch noch, um dem Kollegen hier vorne in der Mitte noch eine Antwort zu geben. Ich habe mich ja kritisch zu den vorhandenen Informationen geäussert und habe ein Beispiel geschickt, wie so etwas etwa aussehen könnte. Das ist also keine Diplomarbeit oder etwas, was Monate dauert. Wir haben ja ein Beispiel bekommen, einfach für die falschen Häuser und ein paar Parameter haben gefehlt. Dass ist das, was ich erwarte, damit ich über so ein Geschäft fundiert entscheiden oder beschliessen kann. Und wenn ich jetzt jemandem von Frauenfeld sagen muss, ob er anschliessen soll oder nicht, ich kann es ihm nicht sagen. Ich habe einfach diese Zahlen nicht. Ich habe einfach eine Kilowattstundenzahl, Ich habe keine Ahnung, wie es mit der Wärmepumpe aussieht, wie es mit Holzschnitzeln aussieht. Deshalb wäre das etwas, was man nachliefern könnte. Wenn wir eine zweite Lesung machen, könntet ihr uns das in Ruhe noch zeigen, dann haben wir auch bereits die Argumente für die spätere Volksabstimmung. Das müsst ihr sowieso machen. Ihr

könnt den Leuten nicht einfach die Zahlen vorhalten und sagen, wir wissen nicht, was die Alternativen kosten. Es ist eigentlich nur sinnvoll.

**Gemeinderat Stefan Geiges (Die Mitte), Referent im eigenen Namen:** Dann machen wir die GPK-Sitzung hier im Rat, dann können wir das Reglement durchberaten. Die Papiere, die angesprochen wurden, sind Papiere, die wir verdankenswerterweise von Gemeinderat Michael Pöll erhalten haben. Die sind sehr aufschlussreich, sagen aber meiner Meinung nach nicht viel Anderes aus als das, was wir eigentlich heute vorliegen haben, dass das eine kluge Sache ist mit der Erdsondenheizung. Es ist Aufgabe von Thurplus, die Leute zu motivieren. Es ist die Aufgabe von Thurplus, die Leute dazu zu bringen, dass sie ihr altes Haus jetzt noch ein Jahr lang mit Gas heizen, damit sie später anhängen können. Da habe ich volles Vertrauen. Erstens haben sie dann die richtigen Personen, die es braucht. Und zweitens, mit solchen Formularen, wenn ich etwas gelernt habe, da sind wir uns in diesem Rat wahrscheinlich einig, traue nie einer Statistik, die du nicht selber gefälscht hast. Ich finde den Vergleich hier gut, aber das Papier von Michael Pöll sagt für mich nichts Anderes aus, als dass wir auf der richtigen Linie sind.

**Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP):** Jetzt ist das Mikrofon eingeschaltet, aber ich nehme an, Sie haben meine ersten Sätze trotzdem gehört und ich fahre einfach weiter. Der Erkenntnisgewinn dieser zusätzlichen Information bezogen auf die Abstimmung ist an einem kleinen Ort. Es ist unwiderrspochen und Stadtrat Fabrizio Hugentobler hat das auch gesagt, es geht darum, dass wir einen Mix herstellen müssen, um in Zukunft den Wärmebedarf in der Stadt Frauenfeld abdecken zu können. Und da gibt es verschiedene Möglichkeiten dazu. Je nach Ort sind sie mehr oder weniger geeignet. Im Westen ist es deshalb geeignet, weil dort bereits ein grosses Kraftwerk vorhanden ist, welches Abwärme produziert, die sinnvollerweise abgenommen würde. Von dieser überschüssigen Wärme würde im Übrigen, soviel ich weiss, etwa nur ein Drittel abgenommen, die anderen zwei Drittel stehen für andere noch zur Verfügung.

In der Altstadt ist es klar, dass die Wärmepumpen dort wenig geeignet sind als Alternativen. Deshalb erachte ich es nicht als zielführend, hier noch eine zweite Lesung zu machen, weil der Erkenntnisgewinn bezogen auf diese Abstimmung an einem kleinen Ort ist. Das ist das Eine.

Das Andere, da bitte ich Sie zu bedenken, was bei der Bevölkerung ankommt. Die Fragen, die wir im Zusammenhang mit Wärme haben, drängen. Natürlich, zwei Monate sind zwei Monate, das ist nicht die Ewigkeit. Aber wir hören landauf landab: Macht vorwärts, macht vorwärts. Und in Frauenfeld sagt man: Oh, wir müssen nochmals hinschauen und noch ein paar Berechnungen mehr machen, die im Übrigen zum Teil auch schon gemacht worden sind. Das finde ich ein schwieriges Zeichen.

Das Dritte, das ich sagen möchte: Ich weiss von diversen Städten in der Schweiz, die Fernwärmeprojekte jetzt massiv vorantreiben. Massiv. Also 40 Mio. Franken sind Peanuts im Verhältnis zu dem, was in Zürich, in St. Gallen, in Genf oder in Bern an Vorlagen da sind. Die werden vielleicht nicht alle von einem Stadtwerk gemacht, sondern von anderen Trägern, aber aktuell sind Milliarden im Feld. Die Technologie Fernwärme ist durchaus sinnvoll, sinnvollerweise dort, wo man nahe beim Produzenten ist. Von der KVA Weinfelden möchte man ja die Wärme bis nach Konstanz transportieren, hier bei uns kann man sie vor der Haustür loswerden. Ich denke, das ist ein gutes Projekt und verdient unsere Unterstützung.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Gern möchte ich jetzt den angekündigten Antrag im Namen eines Teils unserer Fraktion stellen. Vorab noch zwei Bemerkungen auf das, was wir gehört haben: Natürlich können wir innerhalb von zwei Monaten bis zur nächsten Sitzung nicht alle Informationen einholen, die wir vielleicht gern hätten, das ist uns allen klar. Auch bei der zweiten Lesung müssen wir schlussendlich aufgrund ungewisser Informationen oder mit einem gewissen Informationsmangel entscheiden, das ist immer so. Aber es gibt einen Unterschied zwischen dem Thema Erkenntnisgewinn und dem Thema Meinungsbildung. Und für die Meinungsbildung sind zwei Monate sehr viel. Man kann

noch ein paar Mal darüber nachdenken, darüber schlafen usw. und kommt dann eben zu einer klaren Meinung.

Und damit zum zweiten Punkt: Unser Stadtpräsident befürchtet, dass wir vor der Bevölkerung schlecht dastehen würden, wenn wir jetzt zögern. Ich glaube, unsere Bevölkerung sieht das genau anders. Sie haben uns gewählt, damit wir lieber einmal mehr als einmal weniger überlegen, bevor wir 40 Mio. Franken sprechen. Und ich glaube, die Bevölkerung versteht es, wenn wir uns etwas Zeit für Meinungsbildung nehmen möchten. Ob ihr das braucht oder nicht, das muss jeder von euch selbst entscheiden. In diesem Sinn stelle ich den Antrag auf eine zweite Lesung.

### **Abstimmung**

Der Antrag der Fraktion CH/GP/GLP wird mit 24 Nein-Stimmen bei 4 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

### **BESCHLUSSFASSUNG**

Der Antrag 1 des Stadtrats wird mit 32 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Der Antrag 2 gemäss lachsfarbenem Papier wird mit 33 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen.

**Gemeinderatspräsident Samuel Kienast (EVP):** Diese Beschlüsse unterliegen dem obligatorischen Referendum gemäss Art. 8 der Gemeindeordnung.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Ich weise zum Schluss noch einmal auf die zwei sportlichen Veranstaltungen hin, gerade auch das Fussballderby ist noch froh um Mitspielende, damit wir auch eine Chance haben.

Gemeinderat Andres Storrer hat eine Einfache Anfrage betreffend «Schliessung Schlosskino Frauenfeld» eingereicht und die Gemeinderäte Lorenz Weber und Stefan Leuthold haben an der heutigen Sitzung eine Interpellation mit dem Titel «Renaturierung Thur auf dem Gemeindegebiet Frauenfeld» eingereicht.

Direkt im Anschluss an diese Sitzung informiert Stadträtin Barbara Dätwyler unter Ausschluss der Medien und der Öffentlichkeit nochmals über den neuesten Stand hinsichtlich der Flüchtlingswelle aus der Ukraine. Da es sich um eine kurze Information handelt, schlage ich vor, dass wir keine Pause machen. Es wird eine kleine Pause geben, weil die Medien und die Gäste auf der Galerie den Raum verlassen müssen. Wer ganz dringend aufs WC springen muss, der soll das machen, aber ich bitte, keine Rauchpausen oder solche Pausen einzulegen. Wir werden möglichst bald, allerspätestens um 20:45 Uhr weitermachen.

Ich bedanke mich herzlich für die Blumen und die Unterstützung von Giuseppe D'Alelio und ich erkläre die Sitzung für geschlossen. Die nächste Sitzung findet am 19. August um 18:00 Uhr statt.

- - -

Schluss der Sitzung: 20:35 Uhr

\*\*\*

